

Seite 12
Arabische Zeitenwende

Seite 26
Demokratie und Beteiligung

Seite 32
Rechtsextremismus



Seite 4

Europa Integration in der Krise

El viajero parece convertirse al ciudadano en sus viajes. Cada vez que un viajero, español o extranjero, visita un país, parece más fácil verlo. A zona igyekezett utánajárni a tendenciáinak, például: "hogyan szedhető" ki a pénz és mennyi lehet az "adó"? ymisten toimitusjohtaja, jotka lähtevät etukäteen tehdä kyselykysymyksiä che potrebbe arrivare a capire alle cose regionali fino kre;gów gospodarczych nie mogli ustąpić wspólniej linii działania. sparked a political debate about whether state should purchase www.eurotopics.net sondern das Ende der freien Debatte und der freien Ideen.néhány példát mostanában

euro|topics

28 Länder - 300 Medien - 1 Presseschau

Die euro|topics-Presseschau: Der tägliche Blick in europäische Kommentare aus Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur – in drei Sprachen.

www.eurotopics.net

Europa

Integration in der Krise



Liebe Leserinnen und Leser,

pünktlich zur Leipziger Buchmesse und im 60. Jahr der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb freuen wir uns, Ihnen das neue bpb:magazin präsentieren zu können. Aus drei mach eins! So könnte das Motto unseres neuen Angebots lauten. Kannten Sie bisher das Publikationsverzeichnis, den Veranstaltungskalender und den Flyer für die Studienreisen, so haben wir nun den Versuch unternommen, den Service der drei Publikationen zu bündeln und Ihnen darüber hinaus weitere Informationen zu liefern. Seien Sie also gespannt auf fesselnde Reportagen, Interviews und Hintergrundinformationen zu den aktuellen Schwerpunktthemen der bpb: der arabischen Zeitenwende, dem Engagement gegen Rechtsextremismus und den Fragen nach Demokratie und Beteiligung. Den thematischen Rahmen der ersten Ausgabe des bpb:magazins bildet eine der wichtigsten Fragen der politischen Bildung überhaupt: Wie kann Europa weiter gelingen? Was ist, soll und kann die EU sein? Zu all diesen Themen und vielen weiteren bietet die bpb Veranstaltungen, Publikationen und Multimedia-Angebote, die – wie wir hoffen – dazu beitragen, „Verständnis für politische Sachverhalte zu fördern, das demokratische Bewusstsein zu festigen und die Bereitschaft zur politischen Mitarbeit zu stärken.“ Denn das ist unser Hauptanliegen – seit 1952 (S. 20–21).

Das Magazin ist Ergebnis eines alle Fachbereiche der bpb umfassenden Redaktionsprozesses. In gemeinsamen Sitzungen haben wir darüber beraten, welche Themen wir Ihnen hier präsentieren wollen. Nun freuen wir uns auf Ihre Rückmeldungen, auf Komplimente und Kritik!

Ich wünsche Ihnen viel Spaß beim Lesen im bpb:magazin!

Thomas Krüger, Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung

4 Auf der Suche nach Europa:

Gibt es die eine „europäische Identität“? Oder sind es vielmehr konstruierte, vielfältige europäische wie nationale Identitäten? Welche Wirkung hat die Schuldenkrise auf diesen Diskurs? Ein Essay von Dennis Lichtenstein

10 Wann zahlen wir wieder mit der Deutschen Mark?

Vier Fragen und vier Antworten zur EU-Schuldenkrise. Daniela Schwarzer im Gespräch



12 Der Frühling des Islam?

Wie die Umwälzungen in der arabischen Welt auch die Islam-Debatten in Deutschland verändern könnten

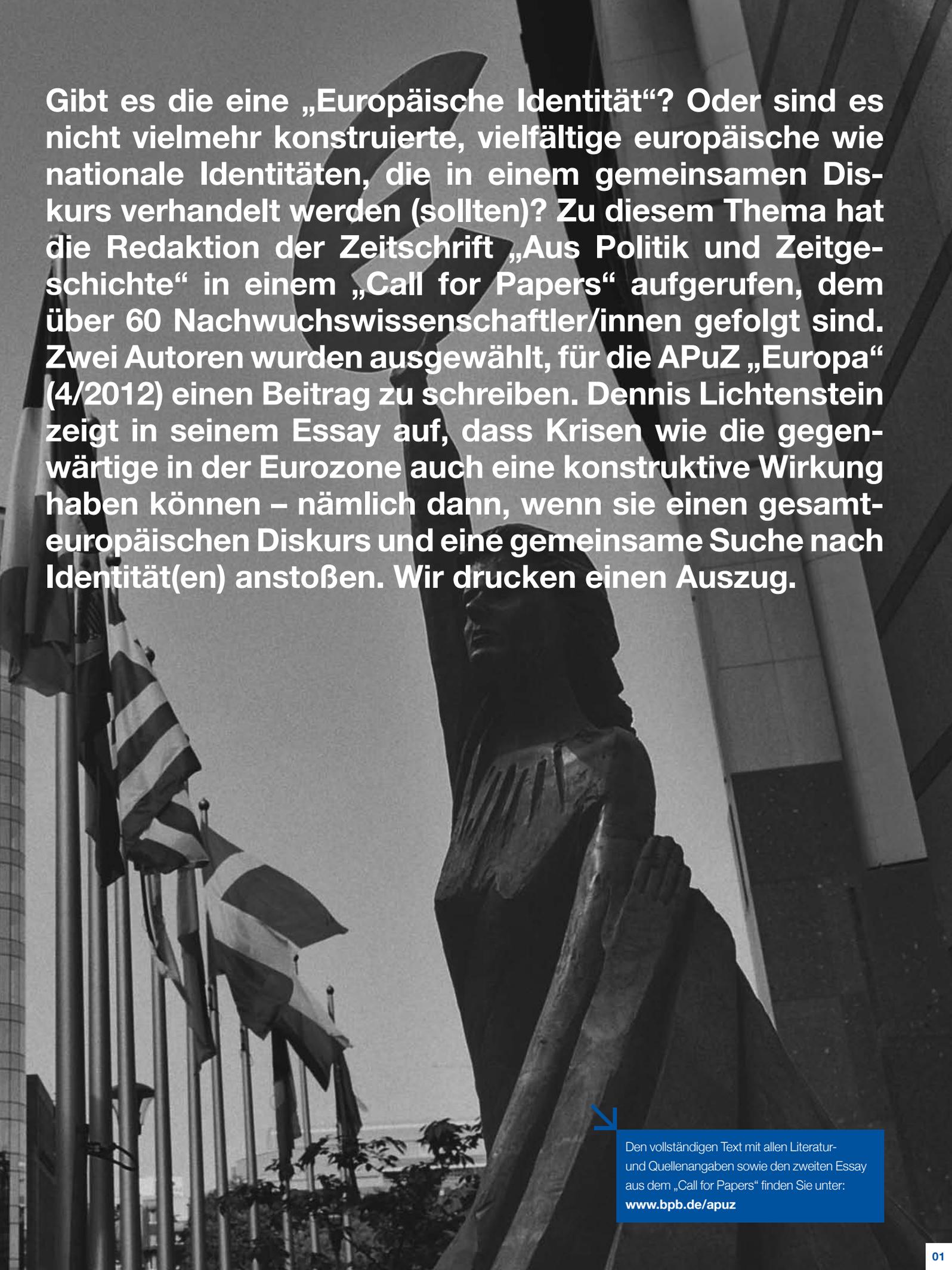
26 Der Ort des Politischen in der digitalen Medienwelt

„Die Bürgerinnen und Bürger sollen mitreden und mitmachen!“ Thomas Krüger über eine sich verändernde Kultur der Mediennutzung

32 Vorbilder gegen Feindbilder

Rechtsextremismus ist wieder in aller Munde. Doch wie beugt man ihm vor? Eine außergewöhnliche Spurensuche mit dem Fotoapparat

7 NECE – ein Netzwerk für Europa 8 Europa in Zahlen und Fakten 11 bpb vernetzt 16 „Europa muss positiver auf die Umbrüche reagieren“ – Nahost-Experte Volker Perthes im Interview 17 Bensberger Gespräche 2.0 18 Israel – ein Land der Gegensätze 20 60 Jahre bpb. Viel mehr als dicke Bücher 22 Veranstaltungen 2012 25 Veranstaltungsvorschau 28 „Wie ein Trojanisches Pferd (politisches) Wissen vermitteln“ – „Ahnungslos“-Produzent Uwe von Grafenstein im Interview 30 APuZ-Autoren Christiane Bender und Elmar Wiesendahl über das „eherne Gesetz der Oligarchie“ 36 „Wir sollten über das Weltbild reden“ – Extremismus-Experte Ulrich Dovermann im Interview 37 Ich bin dann mal weg. Wege aus der rechtsextremen Szene 39 10 Fragen an die politische Bildnerin Barbara Menke 40 Publikations- und Multimedia-Angebote der bpb



Gibt es die eine „Europäische Identität“? Oder sind es nicht vielmehr konstruierte, vielfältige europäische wie nationale Identitäten, die in einem gemeinsamen Diskurs verhandelt werden (sollten)? Zu diesem Thema hat die Redaktion der Zeitschrift „Aus Politik und Zeitgeschichte“ in einem „Call for Papers“ aufgerufen, dem über 60 Nachwuchswissenschaftler/innen gefolgt sind. Zwei Autoren wurden ausgewählt, für die APuZ „Europa“ (4/2012) einen Beitrag zu schreiben. Dennis Lichtenstein zeigt in seinem Essay auf, dass Krisen wie die gegenwärtige in der Eurozone auch eine konstruktive Wirkung haben können – nämlich dann, wenn sie einen gesamt-europäischen Diskurs und eine gemeinsame Suche nach Identität(en) anstoßen. Wir drucken einen Auszug.

Den vollständigen Text mit allen Literatur- und Quellenangaben sowie den zweiten Essay aus dem „Call for Papers“ finden Sie unter:
www.bpb.de/apuz

Auf der Suche nach Europa: Identitätskonstruktionen und das integrative Potenzial von Identitätskrisen

→ Text **Dennis Lichtenstein**

Zwanzig Jahre nach Unterzeichnung der Maastrichter Verträge und dem Wandel der Wirtschaftsgemeinschaft EG zur stärker politisch ausgerichteten EU befindet sich das europäische Projekt in seiner bisher wohl tiefsten Krise. Die Finanzkrise bedeutet eine Belastungsprobe, die den Bestand des Euros gefährdet. Darüber hinaus werden in den Ländern neben gegenseitigen Vertrauens- und Solidaritätsbekundungen immer stärker Antagonismen sichtbar, die nicht nur der Krisenbewältigung zuwiderlaufen, sondern den Zusammenhalt innerhalb der gesamten EU erschüttern.

Was ist, soll und kann die EU sein? Worin liegt die Zusammengehörigkeit der Bevölkerungen verschiedener Länder begründet und was verpflichtet sie zu gegenseitiger Solidarität? Als ein sozialintegrativer „Kitt“ soll eine europäische Identität jene Stabilität herstellen, die die politischen Institutionen und der gemeinsame Markt allein nicht mehr zu garantieren scheinen.

Was es bedeutet, der EU anzugehören und Europäer zu sein, wird nicht durch Geburt oder die europäische Staatsbürgerschaft determiniert. Die Bedeutung und Verbindlichkeit kollektiver Identität muss erst konstruiert werden, und dies geschieht in öffentlich geführter Kommunikation. Da-

bei bietet die EU als eine diffuse Kategorie einer Vielzahl der verschiedensten und sich zum Teil gegenseitig widersprechenden Identitätsdeutungen Raum: Gegründet als eine Gemeinschaft, die den Frieden auf dem Kontinent sichern soll, wird sie heute von vielen als eine politische Wertegemeinschaft betrachtet, die für Demokratie und die Verteidigung der Menschenrechte steht. Pragmatiker hingegen betonen die ökonomischen Vorteile durch den barrierefreien Handel und begreifen die EU im Wesentlichen als einen großen Markt. Demgegenüber beschreiben andere sie als eine „Kulturgemeinschaft“ und verweisen dabei auf europaweit verbreitete Güter der Hochkultur und auf historische Interaktionen zwischen den Ländern – beginnend bei Karl dem Großen bis hin zu den Weltkriegen. Die einzelnen Perspektiven auf die EU können die Grundlage sowohl für eine Befürwortung der Integration als auch für eine skeptische Haltung zur EU darstellen. Dass sich in den einzelnen Nationen jeweils eigene Sichtweisen auf die EU entwickelt haben, hat die Forschung bisher hinreichend bewiesen. Die Mitgliedschaft in der EU wird dabei vor dem Hintergrund spezifischer nationaler Erfahrungen interpretiert. Diese Vielfalt wird in wissenschaftlichen Auseinandersetzungen mittlerweile anerkannt und

„Von vielen wird die EU heute als eine politische Wertegemeinschaft betrachtet, die für Demokratie und die Verteidigung der Menschenrechte steht.“



02

01 Die Skulptur der Europa steht vor dem Europäischen Parlament in Brüssel

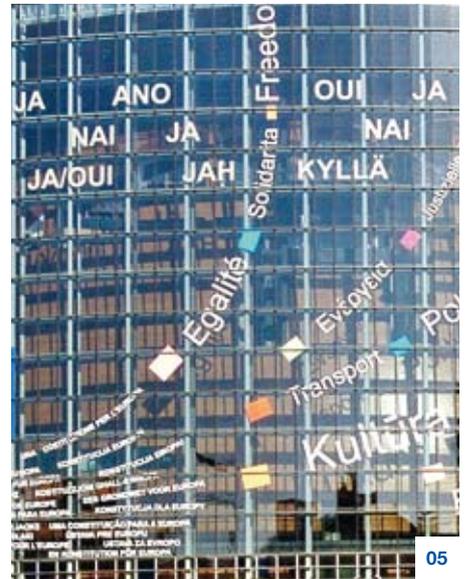
02 Die Europa-Karte als Kreidebild auf das Pflaster gemalt



03



04



05

„Die Vielfalt innerhalb der EU lässt sich als ihr identitäres Charakteristikum begreifen.“

als postnationale oder kosmopolitische Identität behandelt. Unterschiede werden hier als Bereicherung empfunden. Auf diese Weise lässt sich gerade die Vielfalt innerhalb der EU als ihr identitäres Charakteristikum begreifen. Tatsächlich koexistieren die europäischen Identitäten weitgehend harmonisch. Das liegt nicht zuletzt daran, dass die unterschiedlichen Deutungen der EU zwischen den Ländern nur selten miteinander konfrontiert werden.

Der diskursive Konstruktionsprozess europäischer Identität verharrt zwar zu großen Teilen, aber keineswegs konsequent an den nationalen Grenzen. Wie die Forschung zur europäischen Öffentlichkeit gezeigt hat, sind europaweite Diskurse auch unter den Bedingungen national verhafteter Medien möglich. Sie entfalten sich themenbezogen und werden durch Abweichungen von der Normalität, vor allem durch Konfliktfälle, stimuliert. Ereignisse wie etwa die Ehec-Krise im Sommer 2011 finden in allen Mitgliedsländern zeitlich synchrone Beachtung und regen einen Austausch zwi-

schen den nationalen Öffentlichkeiten an; sie bewirken eine Europäisierung nationaler Öffentlichkeiten.

Nur in wenigen Konfliktfällen wird dabei aber die Frage nach europäischer Identität auch offensiv gestellt. Dies ändert sich erst, wenn grundlegende Werte oder die Gestalt der EU berührt sind, wie etwa bei außenpolitischen Problemstellungen oder Fragen zu einer tiefer gehenden Integration. Ein prominentes Beispiel, das einen expliziten Selbstverständigungsdiskurs ausgelöst hat, ist der „Fall Haider“ aus dem Jahr 2000: Als in Österreich die rechtspopulistische Partei Jörg Haiders, die FPÖ, in die Regierungsverantwortung genommen wurde, entzündete sich daran eine EU-weite Debatte über europäische Werte und Sanktionen gegen das EU-Mitglied Österreich. In diesen Konfliktsituationen, in denen Identität explizit wird, bricht der Scheinkonsens zwischen den Mitgliedstaaten auf. Es wird nun deutlich, welche Staaten die EU eher als einen kulturellen, wirtschaftlichen oder politisch ambitionierten Zusammenhang sehen. Der

Bedarf nach Selbstverständigung erhöht sich und zwingt die Länder in einen gemeinsamen Diskurs hinein, in dem sie Farbe bekennen müssen.

Mehr denn je scheint diese Notwendigkeit vor dem Hintergrund der aktuellen Krise im Euroraum zu bestehen. Anders als während der Debatten über einen Türkei-Beitritt, die Osterweiterungen oder das Projekt einer europäischen Verfassung befindet sich die EU im Kontext der Euro-Krise in keiner Erweiterungs- oder Vertiefungskrise, in der sie ihre Gestalt geplant verändert und bei unüberbrückbaren Widerständen im Status quo verharren kann. Während es sich bei den angeführten Beispielen um kontrollierte Diskussionen über das Ausmaß und die Geschwindigkeit des Zusammenwachsens handelte, in denen Rücksichtnahmen möglich waren, steht nunmehr der Bestand der erreichten Integration auf dem Spiel. Um einen Zerfall abzuwenden, sind die Staaten deutlich stärker dazu angehalten, sich auf einen europäischen Selbstverständigungsdiskurs einzulassen.

Das integrative Potenzial europäischer Identität liegt nicht in der Fixierung konkreter Bedeutungen, sondern im Prozess der gemeinsamen Suche nach Identität. Es entfaltet sich, wenn die Identitätskonstruktionen nicht in einer Vielzahl separater nationaler Debatten, sondern in miteinander verknüpften europäisierten Diskursen stattfinden, die auch die breite Bevölkerung einbinden. In der Forcierung solcher integrativer Identitätsdiskurse besteht schließlich die konstruktive Wirkung von Krisen. –



Dennis Lichtenstein ist Doktorand an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf und forscht zum Thema „Die EU und ihr Anderes: Die Konstruktion europäischer Identitäten durch Abgrenzungen“.



APuZ



Wissenschaftlich fundierte und allgemein verständliche Beiträge zu zeitgeschichtlichen, sozialwissenschaftlichen Themen und aktuellen politischen Fragen: „Aus Politik und Zeitgeschichte“ ist kostenlos erhältlich und online zum Download verfügbar.

www.bpb.de/apuz



NECE – ein Netzwerk für Europa

Ein integriertes Europa braucht eine europäische Öffentlichkeit und zivilgesellschaftliche Strukturen auf der europäischen Ebene. Darüber hinaus erfordert das Zusammenwachsen Europas auch eine verstärkt transnational ausgerichtete politische Bildungsarbeit. Dieser Aufgabe hat sich das Netzwerk „NECE – Networking European Citizenship Education“ verschrieben. NECE fördert seit 2004 den europaweiten Austausch von Erfahrungen und Bildungs-Konzepten – durch internationale Konferenzen, Workshops und mit einer Online-Datenbank, die die Vielfalt der europäischen Projekte und Initiativen bündelt.

NECE versteht sich als Forum, das die Vernetzung unterschiedlicher Akteure politischer Bildung – staatliche und nicht staatliche – ermöglicht. Es geht darum, sich auszutauschen: Was sind die herrschenden Themen im nationalen Diskurs? Wo sind geeignete Anknüpfungspunkte auf transnationaler Ebene? Wie lassen sich ähnliche Herausforderungen der politischen Bildung wie Migration, Populismus, sozialer Zusammenhalt, Qualitätssicherung gemeinsam meistern? Und welche Good-Practice-Modelle gibt es bereits? Um auf Fragen dieser Art Antworten zu finden, bietet NECE eine Plattform für Menschen aus Wissenschaft, politischer Bildungspraxis und Europapolitik. Entscheidungsträger/innen und Multiplikatoren/innen kommen zusammen, um ihr Bewusstsein für die Bedeutung politischer Bildung auf europäischer Ebene zu schärfen und ganz konkret Kooperationsprojekte zu starten. –

Weitere Informationen zu diesem Thema:

www.bpb.de/nece

Öffentlicher Schuldenstand
In % des Bruttoinlandsprodukts, EU-27 und
ausgewählte europäische Staaten, 1997 bis 2010.



Europa in Zahlen und Fakten

2010 gibt es in der EU 86.629.000 Rinder. Diese dürfen laut EU-Verordnung nicht mit Wachstumshormonen gefüttert werden. 56 Milliarden Euro fließen jährlich an Agrarsubventionen an europäische Bauern.



2008/2009 sind 189.124 europäische Studenten mit dem Erasmus-Programm ins Ausland gegangen. Am 19. Juni 1999 wurde mit der Bologna-Erklärung die Schaffung eines gemeinsamen europäischen Hochschulraumes beschlossen.

2009 wurden für 394 Millionen Euro Musikinstrumente aus der EU exportiert.

Die Europahymne ist die Melodie aus der Neunten Symphonie Ludwig van Beethovens. Im letzten Satz der Symphonie vertonte er Friedrich Schillers „Ode an die Freude“. Als europäische Hymne wird sie ohne Worte verwendet.



Mindestens 147 Millionen EU-Bürger telefonieren regelmäßig aus dem europäischen Ausland, z. B. im Urlaub. Seit der EU-Roaming-Verordnung aus dem Jahr 2009 müssen die Europäer dafür nicht mehr zahlen als maximal 35 Cent pro Minute.



Spanien, Italien und Frankreich sind die beliebtesten Reiseländer. Seit 1995 entfallen durch das Schengen-Abkommen fast in der gesamten EU die Grenzkontrollen.

Glühbirne adel
Am 1. September 2009 tritt die erste Stufe des EU-Glühbirnenverbots in Kraft – die traditionelle 100-Watt-Glühbirne wird aus dem Handel genommen. Ab September 2012 dürfen EU-weit nur noch Energiespar- oder Halogenlampen verkauft werden.



Am 9. Mai 1950 unterbreitete der französische Außenminister Robert Schuman seinen Vorschlag, die Kohle- und Stahlindustrie Frankreichs und Deutschlands einer gemeinsamen Behörde zu unterstellen.



27 Prozent der EU-Bürger haben Freunde aus dem europäischen Ausland.



Laut einer Umfrage, bei der gefragt wurde: „Fühlen Sie sich als Bürger der Europäischen Union?“ antworteten 62 % der Befragten mit „Ja“.

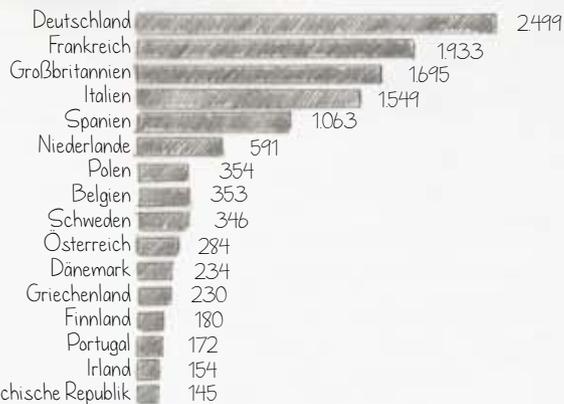
-  Gesamt „Ja“ 41 bis 48 %
-  Gesamt „Ja“ 51 bis 58 %
-  Gesamt „Ja“ 61 bis 69 %
-  Gesamt „Ja“ 70 bis 79 %



In der EU leben rund 500 Millionen Menschen.



Bruttoinlandsprodukt ausgewählter EU-Staaten in Milliarden Euro.



Die Flagge der EU zeigt 12 Sterne: Die Zahl 12 symbolisiert Einheit, Vollkommenheit und Ordnung.



3.600 Dolmetscher (600 fest angestellt, 3.000 freiberuflich) arbeiten bei der EU. Insgesamt hat die EU 23 Amtssprachen.

Seit den 90er Jahren setzt sich die EU-Kommission für Flugrechte ein: Wer über das Internet einen Flug bucht, dem muss der Gesamtpreis einschließlich aller Steuern und obligatorischen Zusatzleistungen sofort angezeigt werden. Denn nur so kann man die Preise verschiedener Fluggesellschaften vergleichen.



Wann zahlen wir wieder mit der Deutschen Mark?

Fragen zur Schuldenkrise an Daniela Schwarzer, Leiterin der Forschungsgruppe EU-Integration in der Stiftung und Wissenschaft und Politik, Berlin.

→ Interview **Anne Seibring**

Worin besteht die „Krise“ in der Eurozone?

Mehrere Mitgliedstaaten befinden sich in einer Verschuldungskrise. Drei Faktoren führten dazu: 1. Die Situation der Staatsfinanzen und die volkswirtschaftliche Situation in einigen Mitgliedstaaten wurden über Jahre verkannt. Die Marktteilnehmer bewerteten die Anleihen vieler Staaten daher nicht entsprechend den vorhandenen Risiken. Die Regierungen konnten folglich zu niedrigen Zinssätzen Schulden machen. 2. Große Banken und andere Finanzmarktakteure mussten in der Finanzkrise ab 2008 mit öffentlichen Geldern unterstützt werden, da ihr Zusammenbruch die Stabilität des Finanzsystems insgesamt gefährdet hätte. 3. Die Verschuldung des Privatsektors stieg gegenüber dem Ausland aufgrund der niedrigen Realzinsen; gleichzeitig sank die Wettbewerbsfähigkeit einiger Volkswirtschaften. Die so entstandenen Ungleichgewichte sind mittlerweile für die Eurozone stabilitätsgefährdend. Im Kern erfordert eine Bekämpfung der Krise also nicht nur eine Konsolidierung der Staatshaushalte, sondern auch eine Lösung der Probleme im Bankensektor, eine Angleichung der Wettbewerbsfähigkeit im gemeinsamen Währungsraum und eine Wachstumsstrategie, die den hoch verschuldeten Staaten hilft, wieder auf die Beine zu kommen.

Warum ist die Krise so schwer zu lösen?

Es gibt ökonomische Zusammenhänge, die die Krisenbekämpfung erschweren: Die Sparmaßnahmen belasten das Wachstum – und schwaches Wachstum oder gar eine Rezession führen zu geringeren Staatseinnahmen, und dies belastet den Staatshaushalt. Wachstumsbremsend kann auch die Zurückhaltung der Banken bei der Kreditvergabe an Unternehmen wirken. Finanzhilfen aus den Staatshaushalten könnten nötig werden – was die Defizite weiter steigern würde. Zusätzlich belasten die hohen Risikoaufschläge, die die Anleger derzeit auf Anleihen der hoch verschuldeten Staaten einfordern, die Staatshaushalte.

Darüber hinaus gibt es institutionelle Gründe dafür, dass die Krise nicht längst beendet ist: Die Währungsunion hat keinen „lender of last resort“, der unter Druck geratene Staaten glaubhaft finanzieren könnte, um eine sich selbst erfüllende Finanzkrise zu beenden. Die Europäische Zentralbank, die diese Rolle bislang übernommen hat, dürfte bald an die Grenzen ihres Mandats stoßen, da sie nur eine eng gefasste geldpolitische Verantwortung hat, mit der sich Anleihenkäufe in großem Stil und dauerhaft nicht rechtfertigen lassen werden.

Schließlich gibt es politische Probleme. Die Mitgliedstaaten haben sich noch nicht auf Lösungswege geeinigt, die die Krisendynamik durchbrechen können. Die Krise hat die Eurozonen-Staaten zwar deutlich enger zusammengebracht und einige Integrations-schritte ermöglicht. Das Ringen um eine weitreichende Lösung geht aber weiter, und die Anleger haben nach wie vor Zweifel daran, ob die Regierungen in der Lage sind, den Währungsraum langfristig institutionell, ökonomisch und politisch zu stabilisieren.

Welche Rolle spielen die Märkte?

Die Verschuldungskrise wurde von den Marktmechanismen verstärkt und hat eindeutig Züge einer sich „selbst erfüllenden Prophezeiung“: Die Marktteilnehmer erwarten eine Verschlechterung der Lage, verhalten sich entsprechend, indem sie Geld abziehen – und aus diesem Grund verschlechtert sich die Lage tatsächlich. Im Zuge der Krise gingen so die Risikoaufschläge, also die zu zahlenden Zinsen auf die Staatsanleihen einiger Staaten, in einem Ausmaß in die Höhe, das sich nicht durch eine Verschlechterung der Fundamentaldaten rechtfertigen lässt. Es wäre falsch, dies alles auf „Spekulanten“ zurückzuführen; das größere Problem ist der Vertrauensverlust der Anleger. Viele Marktteilnehmer machen ihre Investitionsentscheidungen heute in starkem Maße davon abhängig, wie sie die Chance einschätzen, dass die politische Integration im Euroraum vorangeht. Die größte Aufgabe für die Regierungen der Eurozone ist es daher, Vertrauen wiederherzustellen, indem sowohl Handlungsfähigkeit als auch langfristige Integrationsperspektiven aufgezeigt werden.

Wann zahlen wir wieder mit der Deutschen Mark?

Wahrscheinlich nie wieder. Eher verlassen einige Staaten, die derzeit von der Schuldenkrise erfasst sind, die Eurozone, und Deutschland bleibt mit gleichgesinnten Staaten im Euro. Jedes Szenario einer Auflösung der Eurozone ist mit hohen Risiken verbunden – für die Länder, die austreten würden, ebenso wie für diejenigen, die im Euroraum bleiben. Ein Auseinanderbrechen der Eurozone kann die Integration insgesamt erschüttern und zum Beispiel auch den Binnenmarkt infrage stellen. Gerade aus deutscher Sicht ist der Erhalt des Euros von größtem Interesse und Vorteil. Die EU bietet ein stabiles politisches Umfeld; der Binnenmarkt, die Wechselkursstabilität und der stabile Euro sind wichtige Voraussetzungen für den wirtschaftlichen Erfolg Deutschlands als Exportnation. –



Daniela Schwarzer ist Leiterin der Forschungsgruppe EU-Integration bei der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin. Mehr von Daniela Schwarzer in der APuZ-Ausgabe „Europa“ (4/2012).



bpb vernetzt



Die Welt im Blick? Globalisierung gestalten!

Kaum ein Thema wird so intensiv und kontrovers diskutiert wie die Globalisierung. Die einen verbinden mit ihr die Annäherung der Kulturen, wirtschaftliches Wachstum und ungeahnte Entfaltungsmöglichkeiten. Andere fürchten die Dominanz der Ökonomie, den Verlust regionaler Vielfalt oder eine zunehmende Kluft zwischen Arm und Reich. Das bundesweit aktive Netzwerk teamGLOBAL der bpb besteht aus rund 100 jungen Menschen zwischen 18–27 Jahren, die Gleichaltrigen das Phänomen Globalisierung erklären. Seit 2004 organisiert teamGLOBAL Jugendbegegnungen, Projekttag und Workshops rund um dieses Thema: Welche Handlungsmöglichkeiten hat jede und jeder Einzelne in einer Welt, in der sich Menschen immer mehr vernetzen und Märkte keine regionalen Grenzen mehr haben?

www.bpb.de/teamGLOBAL

Europa erklären! Europa vermitteln! Europa gestalten!

Die Europäische Union: Das sind nicht nur 27 Mitgliedstaaten, sondern auch rund 500 Millionen Menschen und, gemessen am Bruttoinlandsprodukt, der größte gemeinsame Markt der Welt. Die europäische Integration ist ein spannender, aber komplexer Prozess. Die Young European Professionals (YEPs) sind ein Netzwerk junger Multiplikatoren/innen der bpb, die anderen jungen Menschen Europa, die Europäische Union und deren Politik näherbringen. In Seminaren, Workshops und Aktionen vermitteln die YEPs anschaulich und lebensnah Themen wie „Bildung und Mobilität“, „Kompetenzen der EU“, „Europäische Werte und interkultureller Dialog“ und tagesaktuelle Debatten. Die YEPs wollen zur aktiven Auseinandersetzung mit Europa anregen und zum persönlichem Engagement ermutigen.

www.bpb.de/yeps

Politische Bildung in Aktion: Mit Stipendium Europa gestalten

Sie interessieren sich für den europäischen Austausch, engagieren sich für die politische Bildung in Ihren Heimatländern und kommen aus Mittel- oder Südosteuropa? Seit 2008/2009 haben die bpb und die Robert Bosch Stiftung insgesamt 36 Stipendien an junge politische Bildner/innen unter anderem aus Bulgarien, Lettland, Tschechien und Ungarn vergeben. Acht Projektförderungen sind jährlich für einen Kurzaufenthalt von acht bis zehn Wochen ausgeschrieben, acht weitere wurden für die Dauer von vier bis sechs Monaten vergeben. Ziel des Programms „Europa gestalten. Politische Bildung in Aktion“ ist es, den Austausch, die Vernetzung und die kreativen Köpfe der politischen Bildung in Europa zu fördern. Die Teilnehmenden verbringen zwei bis sechs Monate in einer deutschen Gastinstitution der politischen Bildung, setzen dort ein eigenes Projekt um oder sind verantwortlich in ein Projekt eingebunden. Für das Stipendienjahr 2012/2013 läuft die Bewerbung ab April.

www.bpb.de/inaktion

Die Jugend-Netzwerke teamGLOBAL und YEPs führen mit jungen Menschen Workshops durch. Die Angebote richten sich bevorzugt an die nicht-gymnasialen Schulformen, alle Themen und Formate können den jeweiligen Rahmenbedingungen angepasst werden. Sie wollen die YEPs oder das teamGLOBAL einladen? Dann richten Sie bitte eine formlose Anfrage an svetlana.alenitskaya@bpb.de. Nennen Sie möglichst einen gewünschten Zeitraum und Themenschwerpunkt.







Der Frühling des Islam?

Wie die Umwälzungen in der arabischen Welt auch die Islam-Debatten in Deutschland verändern könnten.

→ Text **Julia Gerlach**

Es gibt einen neuen Trend in Ägypten: Viele Frauen tragen bunte Kopftücher mit großen Blumen darauf. Sie werden nicht streng ums Gesicht gebunden, sondern locker im Nacken geknotet und vorne sind ein paar Strähnen Pony zu sehen. Die Revolution am Nil hat nicht nur Hosni Mubarak aus dem Amt gejagt und die Gesellschaft durchgerüttelt, sie hat auch den Islam oder besser gesagt: das Verhältnis der Menschen zu ihrer Religion verändert.

Ägypten ist ein religiöses Land, für viele Jugendliche gehört das gemeinsame Gebet vor den wöchentlichen Freitagsdemonstrationen ganz selbstverständlich dazu. „Ich will einen Präsidenten, der Muslim ist und sich an die Gebote des Islam hält. Das ist der beste Schutz gegen Diktatur und Korruption, denn so etwas ist gottesfürchtigen

Menschen verboten“, sagt der 27-jährige Aktivist Emad Hussni mit Blick auf die für Juni 2012 geplanten Präsidentschaftswahlen. Das hört sich doch sehr nach Muslimbruderschaft an. Mit der wollen Emad und seine Freunde jedoch nichts zu tun haben. Er macht eine Unterscheidung: Religiöse Politiker sind gut, Politik im Namen des Islam lehnt er jedoch ab.

Allerdings hat sich auch in den islamistischen Organisationen seit dem Sturz von Präsident Mubarak einiges getan. Zum ersten Mal in der Geschichte der Muslimbruderschaft – 1928 wurde sie von Hassan al Banna gegründet – wird öffentlich diskutiert. „Bisher wurden wir verfolgt, und die Leute haben gut zusammengehalten, um uns zu schützen, aber jetzt gibt es Freiheit, und es ist nicht mehr einzusehen, dass wir nicht →



02



„Es scheint, dass der Arabische Frühling so ganz nebenbei auch ein Frühling des Islam geworden ist. Natürlich haben die Umwälzungen auch Auswirkungen auf die Islam-Debatten in Deutschland.“



05

mitentscheiden dürfen“, sagt Iman Mohammed. Die 23-jährige Studentin fordert mehr Mitsprache für die Jugend und auch die Frauen sollten stärker beteiligt werden, findet sie. Nicht nur die aufmüpfige Jugend, auch der Schritt in die Politik stellt die Bruderschaft vor neue Herausforderungen. Jetzt hat sie die Mehrheit im Parlament gewonnen und muss beweisen, dass sie tatsächlich Probleme lösen kann. Gefragt sind dabei weniger islamische Parolen, sondern Konzepte zur Reform des Staates und der Wirtschaft. Auch bei den Politikern der Bruderschaft ist daher ein Trend zu beobachten: Sie trennen zunehmend Islam und Politik. Durch ihren Wahlerfolg sind die Ennahda-Partei in Tunesien und die Partei der Muslimbrüder in Ägypten zu selbstver-

ständlichen Ansprechpartnern für die europäische Politik geworden.

Drastisch sind die Veränderungen auch bei den Salafisten, den ultrakonservativen Islamisten. Noch im Januar 2011 predigten salafistische Scheichs, dass Demonstrationen gegen einen Herrscher – und sei er auch ungerecht – nach islamischen Regeln nicht erlaubt seien. Arbeit im Parlament lehnten sie ab, denn nur Gott allein habe das Recht, Gesetze zu erlassen. Diese Positionen haben sie nun hinter sich gelassen. Bei den Wahlen im November 2011 gewannen die Salafisten mehr als 20 Prozent der Sitze. Das bedeutet, dass auch sie auf Dauer nicht mehr nur über Fragen der Glaubenspraxis diskutieren können, sondern sich mit Wirtschaftsstrategien und Verwaltungsfragen beschäftigen müssen.



03



04

Als die Menschen in Ägypten im Januar 2012 den ersten Jahrestag der Revolution feierten, war der freie Fotograf Ole Elfenkämper mit seiner Kamera auf dem Tahrir-Platz dabei.

- 01 Dieser Künstler malt Bilder vom 27. Januar 2012, dem zweiten „Freitag des Zorns“
- 02 Auf dem Weg zum Parlament skandieren Demonstranten gegen den Obersten Militäratt. Auf den Schildern steht: „Ein weiterer Märtyrer der Revolution: Kamil Faris Mohamed“
- 03 Die Weltöffentlichkeit erfährt über facebook von den Protesten auf dem Tahrir-Platz
- 04 In der ägyptischen Hauptstadt entlädt sich die Wut der Jugend auf das Regime
- 05 Ein Vater mit seiner Tochter in der Nacht des ersten Jahrestages der Revolution

Es scheint, dass der Arabische Frühling so ganz nebenbei auch ein Frühling des Islam geworden ist. Natürlich haben die Umwälzungen auch Auswirkungen auf die Islam-Debatten in Deutschland.

„Bisher haben die Menschen in Deutschland an Osama Bin Laden gedacht, wenn sie das Wort Jemen hörten. Nun haben sie im TV gesehen, dass es dort auch mutige Frauen wie Tawakul Karman gibt“, beschreibt Osamah Al-Doaiss, der 19-Jährige aus Berlin hat gerade Abitur gemacht. Dies sei umso wichtiger, als Tawakul Karman eben nicht eine westlich orientierte Liberale sei, sondern zur islamischen Islah-Partei gehöre. Für ihren Mut wurde Karman sogar mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. „Die Leute haben so endlich mal gesehen, dass die Menschen in der arabischen Welt gläubige Muslime sind und dennoch das Gleiche wollen, wie Leute überall auf der Welt: Freiheit und Gerechtigkeit“, sagt Osamah.

Im Frühjahr 2011 hatten viele Muslime in Deutschland die Hoffnung, dass die Umwälzungen in der arabischen Welt sich auch auf das Zusammenleben zwischen Muslimen und Mehrheitsgesellschaft auswirken könnten. „Die Revolution beeinflusst meiner Meinung nach den Alltag eines Muslims in

Deutschland schon allein deshalb, weil er durch dieses neue Verständnis für seine eigene Identität ein selbstbewussteres Auftreten in der Gesellschaft hat“, sagte damals die Studentin Yasmina Abdel Kader. Im Frühjahr 2012 ist die Stimmung nicht mehr ganz so optimistisch. Wie auch? Schließlich sind die Revolutionen in der arabischen Welt noch nicht zu Ende und der Weg zur Demokratie holprig. „Meine Erwartungen haben sich bisher nicht erfüllt, denn die Länder haben ihre Ziele bisher noch nicht erreicht, und im Weltgeschehen hat sich, was Islamfeindlichkeit angeht, auch noch nichts verändert. Aber vielleicht braucht es einfach auch nur Zeit, um Hoffnung daraus zu schöpfen“, so die türkeistämmige Musikerin Hülya Kandemir.

Mehr Transparenz und offenere Diskussionen über ideologische Grenzen hinweg haben sich nicht nur viele Muslime im Nahen Osten und Nordafrika schon lange gewünscht. Auch die Islam-Debatten in Deutschland werden davon nicht unberührt bleiben. –



Julia Gerlach ist Journalistin und Buchautorin in Kairo. 2011 erschien ihr Buch „Wir wollen Freiheit – der Aufstand der arabischen Jugend“ bei Herder in Freiburg.



Veranstaltungsrückblick

„Europa muss positiver auf die Umbrüche reagieren“

Volker Perthes analysiert im Interview die arabische Zeitenwende. Der Direktor der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) war Gast bei den diesjährigen Bensberger Gesprächen. Die Konferenz fand vom 23. bis 25. Januar in Bergisch Gladbach/Bensberg statt.

→ Interview **Alexander Matschke**

Die Umbrüche quer durch die arabischen Staaten gehen ins zweite Jahr und differenzieren sich immer mehr aus. Lässt sich dennoch ein gemeinsamer Charakter der Proteste feststellen?

Es gibt eine ganze Menge gemeinsamer Phänomene. Es gibt ähnliche Ungerechtigkeiten, über die sich insbesondere die junge Generation beschwert. Die arabischen Länder sind zwar durchaus unterschiedlich: in Ressourcenausstattung, Geschichte oder politischer Kultur. Insofern verarbeiten sie auch diese Welle des Protests unterschiedlich. Der eine große gemeinsame Faktor ist aber die Generation der 20- bis 35-Jährigen, die zahlenmäßig größer ist als ihre Vorgängergeneration, aber weniger Chancen hat.

Also ein arabisches '68? – Oder eher ein arabisches '89?

Was die soziale Komposition angeht, handelt es sich vielleicht tatsächlich um ein arabisches '68. Der Vergleich ist nicht schlecht: Auch die '68er konnten ihren gesellschaftlichen Einfluss erst 20 bis 30 Jahre später in politischen Einfluss umsetzen.

Welche Länder betrachten Sie hoffnungsvoll?

Tunesien hat die größten Chancen, zu einer konsolidierten Demokratie zu werden. Auch die Chancen Ägyptens stehen gut, eine echte Demokratie zu werden. Allerdings in einem sehr viel komplizierteren

Prozess. Und wenn Ägypten es schafft, dann wird sein Beispiel auf den Rest der arabischen Welt ausstrahlen.

Ägypten hat wegen seiner Lage, Bevölkerungszahl und Geschichte eine besondere Bedeutung in der Region. Welche gesellschaftlichen Gruppen sind am besten auf die neue politische Ordnung vorbereitet?

Das politische islamische Spektrum, also die Religiös-konservativen, war gut vorbereitet auf die jetzt laufenden politischen Prozesse, insbesondere auf Wahlen. Ich bin allerdings nicht sicher, ob sie letztlich gut vorbereitet sind auf Regierungsverantwortung und die damit verbundenen wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen.

Wie sieht es mit den jungen Menschen aus, die die Proteste getragen haben?

Die 2011er-Generation, wie ich sie nenne, ist auf viele politische Fragen gut vorbereitet, die sich in Ägypten stellen. Aber noch nicht darauf, selber Verantwortung zu übernehmen. Bei den Wahlen sind nur sehr wenige von ihnen gewählt worden. Sie haben am unmittelbaren Umbruchprozess großen Anteil gehabt, aber sie gehören noch nicht zu den politischen Gewinnern.

Und das Militär?

Das Militär hat beim Umsturz eine wichtige Rolle gespielt und wird weiterhin wichtig bleiben, um Chaos zu verhindern. Es ist aber absolut nicht auf die Aufgabe vorbereitet, einen modernen Staat zu regieren. Das sollte auch nicht seine Aufgabe sein. Das Militär weiß, dass es nicht gegen das Volk und nicht gegen die junge Generation regieren kann und will das auch nicht. Aber es möchte gerne seine politischen und wirtschaftlichen Privilegien behalten.

Mubarak misslang in Ägypten, was in Syrien im Jahre 2000 klappte: ein dynastischer Machtwechsel vom Vater auf den Sohn. Aber trotz dieses vergleichsweise jungen syrischen Präsidenten Baschar Al-Assad gleicht die Lage dort mittlerweile einem Bürgerkrieg.

Der Präsident ist jung, aber das Regime ist alt. Assad hat letztlich die Strukturen übernommen, die unter seinem Vater errichtet worden sind. Und er hat es eben nicht geschafft, zu einem Reformator zu werden, obwohl er alle Chancen gehabt hätte. Er hat sich entschieden, bis zu einem blutigen Ende zu kämpfen. Das liegt auch daran, dass er nicht sieht, dass er am Ende ist – entgegen der Einschätzung der Staaten der Arabischen Liga und vieler Beobachter.

In Israel hat man zunächst mit Sorge auf die Veränderungen bei den Nachbarn Ägypten und Syrien geschaut.

Israel hat große Schwierigkeiten gehabt, sich auf diese Veränderung in seiner Umwelt einzustellen. Man wusste auch in Israel, dass die Regierungsverhältnisse in den arabischen Staaten nicht gut waren. Aber man hatte relativ verlässliche Nachbarn. Mubarak war ein Partner; Assad war zwar ein Gegner, aber man wusste ungefähr, was man voneinander erwarten konnte. Jede Veränderung bringt Unsicherheit und führt insofern zu verstärkter Nervosität in Israel.

Werfen wir einen Blick auf die Machtveränderungen in der Region. Wer gewinnt an Einfluss, wer verliert?

Iran wird regional an Einfluss verlieren. Die iranische politische Führung schaut sehr besorgt nach Syrien und sieht, dass das Assad-Regime



Volker Perthes
Der Aufstand. Die arabische Revolution und ihre Folgen

Bestell-Nr. 1.202
4,50 Euro

Veranstaltungsrückblick



früher oder später weichen muss. Damit verlore sie den einzigen wirklichen Verbündeten in der arabischen Welt und einen Vorposten im östlichen Mittelmeer.

Die Türkei wiederum scheint eine Art Vorbild für viele Menschen in Arabien zu werden.

Die Türkei ist ausgesprochen gut aufgestellt, was ihre sogenannte Soft Power angeht – ihre sanfte Macht: Sie hat ein enormes Netzwerk an wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Kontakten und sie ist tatsächlich Modell für ganz unterschiedliche Kreise. Sie hat großen Einfluss und sie kann diesen Einfluss nutzen, wenn sie es nicht übertreibt.

Was kann Europa tun – mit seinem reichen Erfahrungsschatz bei Transformationen?

Da wo es gewollt wird, kann Europa diesen Erfahrungsschatz in den Dienst der arabischen Transformationen stellen. Europa ver-

fügt über eine Reihe von Instrumenten: Wahlbeobachtungen, Unterstützung beim Aufbau einer unabhängigen Justiz oder Hilfe bei Gesetzgebungsverfahren für den Aufbau einer echten Marktwirtschaft. Vor allem aber kann es sich den Transformationsgesellschaften gegenüber offen präsentieren. Nicht nur offen für Güter, sondern auch für Menschen. So kann man ein Stück weit Einfluss darauf nehmen, wie diese Gesellschaften sich gegenüber Europa aufstellen werden.

Wie bewerten Sie den Umgang in Europa mit den Ereignissen in der Nachbarregion?

Jeder Umbruch birgt Risiken und Chancen. Die Risiken sind kurzfristiger, die Chancen längerfristiger Natur. Ich hätte mir gewünscht, dass wir ähnlich positiv an die Umbrüche in der arabischen Welt herangehen wie vor 20 Jahren bei den Umbrüchen in Ost- und Mitteleuropa. Trotz aller Probleme, trotz der Abstürze wie in Syrien: Wir sollten uns ein Stück weit darüber freuen, dass aus der arabischen Welt, also gerade da, wo wir es wirklich nicht erwartet haben, Teile der Gesellschaften ganz aktiv „unsere“ Werte Freiheit, Gerechtigkeit und Menschenwürde teilen und einfordern. –



Volker Perthes, geboren 1958, leitet die Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin seit 2005. Bei den Bensberger Gesprächen 2012 hielt der Nahost-Experte die Eröffnungsrede.

Bensberger Gespräche 2.0 – twittern mit der Bundeswehr / #bensberg12

Bei den Bensberger Gesprächen werden jedes Jahr aktuelle Fragen der Sicherheitspolitik diskutiert. Auf der mehrtägigen Konferenz, die regelmäßig in Zusammenarbeit mit dem Bundesverteidigungsministerium durchgeführt wird, stellen renommierte Wissenschaftler/innen, erfahrene Journalisten/innen und Publizisten/innen aus dem In- und Ausland ihre Expertise zur Verfügung. Multiplikatoren/innen der politischen Bildung aus der Bundeswehr und aus dem außerschulischen Bildungsbereich werden eingeladen, um den notwendigen zivil-militärischen Dialog zu intensivieren. In diesem Jahr standen bei den inzwischen zum 10. Mal durchgeführten Bensberger Gesprächen die Ursachen und Folgen der revolutionären Ereignisse im arabischen Raum im Mittelpunkt. In Podiumsdiskussionen, Vorträgen, Workshops und Expertengesprächen hatten die Teilnehmenden zahlreiche Möglichkeiten, sowohl die geostrategischen als auch sicherheitspolitischen Folgen dieser Umbrüche zu thematisieren.

Die Rolle der sozialen Medien bei den revolutionären Ereignissen war ein weiterer Themenschwerpunkt. Doch statt über die Bedeu-

tung der sozialen Medien für die Demokratiebewegung nur zu diskutieren, sollten die Teilnehmenden die neuen Kommunikationsformen auch selbst nutzen: Ein Team von Web 2.0-Experten/innen ermöglichte gemeinsam mit den Teilnehmenden eine live-Dokumentation und einen Ad-hoc-Erfahrungsaustausch. So wurde in Bensberg regelmäßig gebloggt, getwittert, zeitnah wurden Podcasts erstellt. Der Einsatz von Skype bot zudem neue Möglichkeiten, mit Experten/innen aus dem In- und Ausland zu diskutieren. Was haben wir entdeckt? Bundeswehr-Soldaten bloggen gerne und sogar die „alten Hasen“ der politischen Bildung können für „Social Media“ (zumindest ein wenig) begeistert werden.

Ermutigt durch die unerwartet hohe Resonanz von #bensberg12 sollen Web-2.0-Instrumente auch bei weiteren Bensberger Gesprächen genutzt und weiterentwickelt werden. –

Von #bensberg12 kann man noch bis Ende März lesen auf:
www.bensberger-gespraech.de

Israel – ein Land der Gegensätze

Seit 1963 geht die bpb auf Studienreisen nach Israel. Der israelische Journalist Gil Yaron hat schon viele Reisen als Experte begleitet. Für das bpb:magazin erzählt er von seiner Heimat, einem Land voller Widersprüche und Identitätskonflikte.

→ Text **Gil Yaron**



Wüste sollte anders aussehen. Bäume begrünen die braunen Hügel so weit das Auge reicht, Kiefernduft weht durch die heiße Wüstenluft. Yatir in der israelischen Negev-Wüste ist der größte von Menschenhand gepflanzte Wald im Land. Er dient nicht bloß als Naherholungsgebiet, sondern hat als Freiluftlabor weltweite Bedeutung erlangt: „Dies ist der trockenste Wald auf dem Erdball“, sagt Ilya Gelfand, der hier mit 50 anderen israelischen Wissenschaftlern eine Forschungsstation betreibt. Die Bäume von Yatir begnügen sich mit 100 Millimeter Niederschlag im Jahr. Die Lektionen, die Forscher auf dem rund 4.000 Hektar großen Gelände lernen, könnten andernorts überlebenswichtig werden. Israel, das zu 60% aus Wüste besteht, bekämpfte die Desertifikation seit seiner Gründung vor 64 Jahren und bietet heute Antworten für das globale Problem der fortschreitenden Wüstenbildung: Es gilt als Pionier der Aufforstung. Seit seiner Gründung 1901 pflanzte der Jüdische Nationalfonds (JNF) mehr als 240 Millionen Bäume und machte Israel zum einzigen Land der Erde, auf dem heute mehr Bäume stehen als vor hundert Jahren. Und einer der Staaten der Welt, die am meisten Abwasser wiederverwerten, Wasser in der Landwirtschaft am effektivsten einsetzen oder Trinkwasser aus Salzwasser aufbereiten.

Die Klimakatastrophe beschäftigt Israelis also kaum. Die weltweite Protestwelle gegen den Kapitalismus findet hingegen Widerhall. Aus dem sozialistischen Staat, aus dem arme Bauern Jaffa-Orangen exportierten, ist eine High-Tech-Nation geworden, die einen der höchsten Gini-Koeffizienten der OECD hat.

Im Sommer 2011 brachten die sozialen Proteste die größte Demonstration aller Zeiten hervor. Dabei hat das Land auch ohne die wachsende Schere zwischen Arm und Reich genug einzigartige Probleme.

Bei der Staatsgründung 1948 erhielt die Nationalversammlung den Auftrag, innerhalb eines halben Jahres eine Verfassung zu schreiben. Doch auch 64 Jahre später hat sich der Staat noch immer nicht endgültig definiert. Selbst mit Rücksicht auf die mediterrane Mentalität ist das eine große Verspätung. Die Unabhängigkeitserklärung definiert Israel als „jüdischen Staat“, in deutschen Medien oft mit dem Kürzel „Judenstaat“ ersetzt. In einem Land, das jüdische Einwanderer aus mehr als 70 verschiedenen Ländern aufgenommen und integriert hat, gibt es für diesen Begriff mindestens so viele Auffassungen wie Bürger. Die Trennung zwischen Staat und Religion, oder eher die fehlende Trennung, ist politischer Brennstoff: Muss ein Judenstaat sich nach jüdischen Bräuchen richten, oder ist er bereits jüdisch, wenn die Mehrheit der Bürger jüdischer Abstammung ist? Teile des ständig wachsenden Sektors der Ultra-Orthodoxen fallen einer religiösen Radikalisierung anheim, während die säkulare Bevölkerung dem Judentum als identitätsstiftendem Element den Rücken kehrt. Die einen pochen darauf, dass in israelischen Hotels samstags keine heiße Schokolade erhältlich ist und wollen Frauen aus dem öffentlichen Raum verdrängen. Die anderen haben die staatliche Anerkennung homosexueller Ehen durchgesetzt und feiern jüdische Feiertage in den Diskotheken Tel Avivs. Das Problem der „nicht-jüdischen Minderheit“ – jeder fünfte Israeli ist Araber – wird dabei ignoriert, weil es die meisten schlicht überfordert. Ihnen ist klar, dass die Definition eines „jüdischen Staates“ für die palästinensischen Bürger ein fast unüberwindliches Hindernis für eine Identifizierung mit der Mehrheitsgesellschaft darstellt.

Die Debatte um die Fragen nationaler Identität drängen normalerweise in den Vor-



dergrund, wenn die Bedrohung von außen abnimmt. Doch damit ist mittelfristig nicht zu rechnen. Im Gegenteil: Der Friedensprozess mit der PLO steckt seit dem Amtsantritt von Benjamin Netanjahu fest. Der Ausbau israelischer Siedlungen und die anhaltende Besetzung des Westjordanlands, das von den Palästinensern für ihren Staat beansprucht wird, spaltet nicht nur Israels Innenpolitik in unversöhnbare Lager, es beschleunigt auch die zunehmende Entfremdung zwischen Israel und seinen westlichen Verbündeten. In den Hauptstädten Europas, ja selbst in Washington, findet Netanjahu immer weniger Verständnis und Rückhalt für seine Politik. Dabei sind die Herausforderungen an den Judenstaat nach dem Arabischen Frühling nur gewachsen. Israel ist die einzige Nation auf der Welt, deren Existenzrecht verneint wird und die von gleich zwei Terrororganisationen bedroht wird, die über die militärischen Fähigkeiten eines Staates verfügen. Laut Ex-US-Verteidigungsminister Robert Gates verfügt die libanesische Hisbollahmiliz über mehr Raketen als die meisten Nationen der Welt (laut israelischen Schätzungen rund 50.000). Dazu kommen tausende Raketen der radikal-islamischen Hamas und des islamischen Dschihad in Gaza. Alljährliche Drills des Zivilschutzes in Schulen gehören deswegen in Israel genauso zur Routine wie die Vorschrift, in jeder neuen Wohnung einen Schutzraum einzurichten. All das wird von der Bedrohung eines nuklearen Iran überschattet, dessen Präsident fast wöchentlich Israels nahen Untergang prophezeit.

Im Yatirwald könnte man all diese Probleme für kurze Zeit vergessen, schimmerte nicht am Horizont der Stacheldrahtzaun an der Grenze zum Westjordanland und erinnerte daran, dass der Konflikt und die israelische Besetzung nur eines von vielen Problemen ist, die in diesem atemberaubenden, facettenreichen Land noch nicht gelöst wurden. –



- 01 Klagemauer in Jerusalem
- 02 Mit der bpb unterwegs: Gil Yaron in Jerusalem
- 03 Israelische Wüstenlandschaft

Studienreisen nach Israel und Mittel- und Osteuropa

Die Studienreisen der bpb nach Israel und Mittel-/Osteuropa ermöglichen den Teilnehmenden einen authentischen und persönlichen Einblick in die politische und gesellschaftliche Situation der Reiseländer. Persönlichkeiten aus Politik, Kultur und Gesellschaft bieten Hintergrundinformationen und Einschätzungen zu Debatten und Entwicklungen aus erster Hand.

Termine 2012:

15.–24.04.: Eine Runde Sache: Polen und Ukraine vor der Fußball-EM (bereits ausgebucht)

22.04.–03.05.: Israel zwischen sozialen Protesten und außenpolitischen Umbrüchen (bereits ausgebucht)

07.–17.05.: Israels Filmlandschaft – ein Spiegelbild von Politik und Gesellschaft (bereits ausgebucht)

02.–13.09.: Zur Rolle der Zivilgesellschaft für Israels Demokratie

14.–25.10.: Armee und Zivilgesellschaft in Israel

19.–28.10.: Aserbaidschan – gestern, heute und morgen

www.bpb.de/studienreisen



Gisela Dachs
Israel kurzgefasst

Bestell-Nr. 2.048
1,50 Euro

60 Jahre Bundeszentrale für politische Bildung

Viel mehr als dicke Bücher



→ Text **Jutta Spoden, Dr. Hans-Georg Golz**

Der 1952 gewählte Name weckte Erinnerungen: Bundeszentrale für Heimatdienst. Man berief sich auf die seit November 1919 als Reichszentrale für Heimatdienst tätige Einrichtung der Weimarer Republik, ein Instrument zur Verbreitung von Kenntnissen über die Demokratie. Die Reichszentrale schulte Redner und unterstützte republikfreundliche Kräfte. 1933 schlug der Leiter der Reichszentrale jedoch den Nationalsozialisten vor, die Institution ins Propagandaministerium einzugliedern. Die Nazis wollten davon nichts wissen und lösten sie auf.

Sofort wurde die Reichszentrale in der jungen Bundesrepublik in Form der Bundeszentrale für Heimatdienst eine demokratische Wiedergeburt. Wie nach dem Ende des Ersten Weltkrieges lautete ihr Auftrag: Nach dem Untergang eines undemokra-

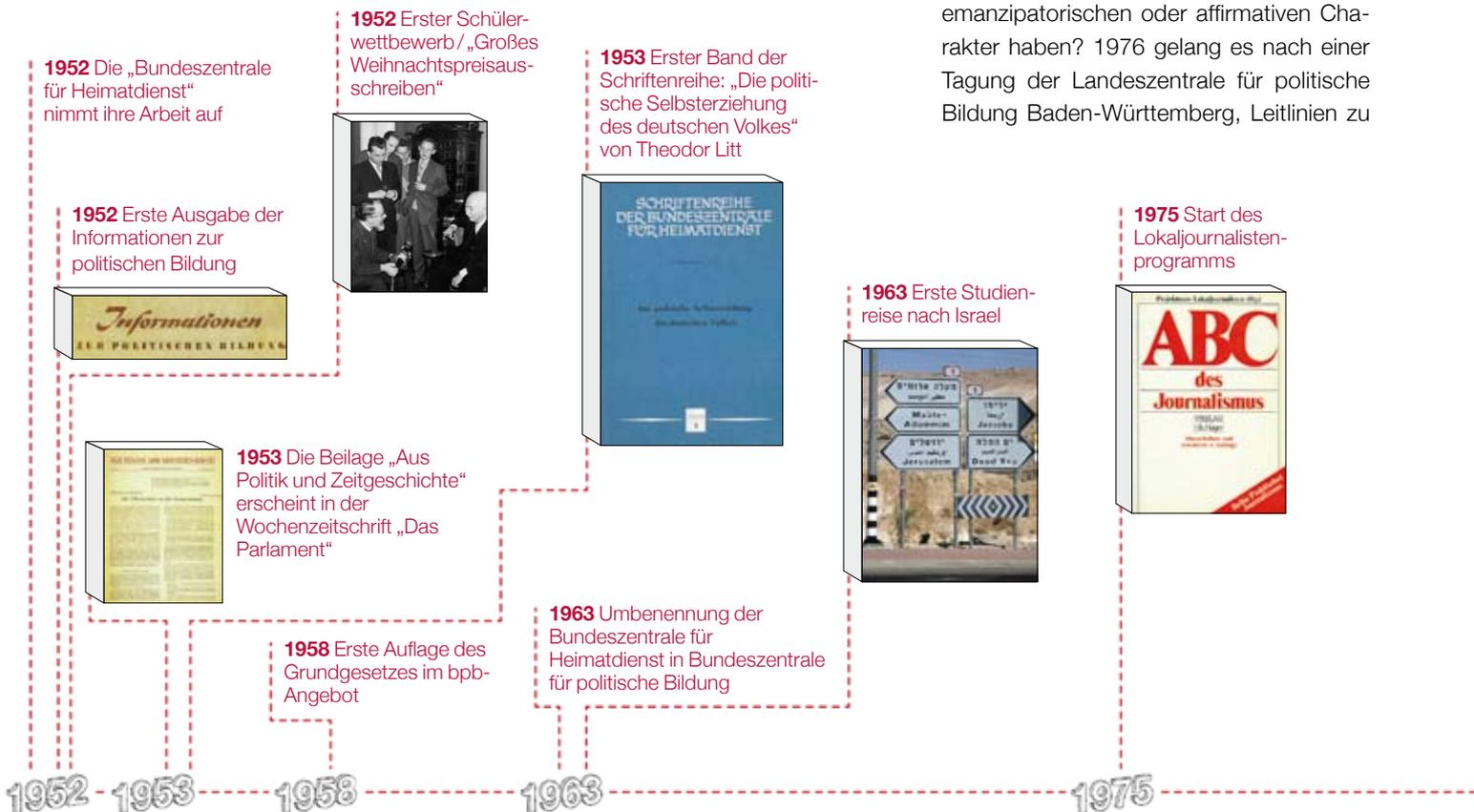
tischen Regierungssystems sollte die Bevölkerung mit der parlamentarischen Demokratie vertraut gemacht werden. Als erster Direktor der Bundeszentrale für Heimatdienst wurde Dr. Paul Francken berufen. Der 1903 geborene Historiker hatte sich im Widerstand engagiert. Er zählte zu den engsten Vertrauten Konrad Adenauers.

Im November 1952 nahm das Haus als Behörde im Geschäftsbereich des Bundesinnenministeriums seine Arbeit auf. 1963 erfolgte die Umbenennung in Bundeszentrale für politische Bildung (bpb). Zunächst ist die bpb selten direkt aufgetreten – es gab Bedenken, in der Öffentlichkeit als „Propagandainstrument“ der Regierung wahrgenommen zu werden. Sie

konzentrierte sich auf die Förderung von freien Bildungsträgern und die Schulung von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren. So sollten die Werte und Spielregeln der Demokratie vermittelt und der Prozess der europäischen Aussöhnung und Einigung unterstützt werden. Auch waren die Aufarbeitung des Nationalsozialismus sowie die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus zentrale Handlungsfelder.

Laut Gründungsbeschluss sollte das Ziel der bpb darin bestehen, den demokratischen und europäischen Gedanken im deutschen Volk zu festigen. Ende der 1960er Jahre wurde ihre Aufgabenstellung erweitert: Die Bürgerinnen und Bürger sollten sowohl informiert als auch zur politischen Mitwirkung motiviert werden.

Die 1970er Jahre waren geprägt von Auseinandersetzungen über das Selbstverständnis politischer Bildung. Sollte sie eher emanzipatorischen oder affirmativen Charakter haben? 1976 gelang es nach einer Tagung der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Leitlinien zu





formulieren, die bis heute Gewicht haben. Drei Prinzipien wurden festgeschrieben: das Überwältigungsverbot (keine Indoktrination), das Gebot, in der Gesellschaft kontrovers diskutierte Themen auch kontrovers darzustellen (keine Einseitigkeit), sowie Schülerinnen und Schüler dahin gehend zu fördern, dass sie ihre eigenen Interessen erkennen und vertreten können. Mit diesem „Beutelsbacher Konsens“ rückte das Prinzip der Mündigkeit in den Vordergrund.

In den 1970er Jahren standen neben den klassischen Aufgabenfeldern vor allem Wirtschaftsfragen, die Ostpolitik sowie das Phänomen des Terrorismus im Vordergrund. Daneben wurden neue didaktische Konzepte entwickelt. Umweltprobleme, Friedens- und Sicherheitspolitik sowie die Neuen Sozialen Bewegungen beherrschten die Arbeit in den 1980er Jahren, bevor der Fall der Mauer, die deutsche Einheit und das

Ende des Ost-West-Konflikts die Agenda bestimmten.

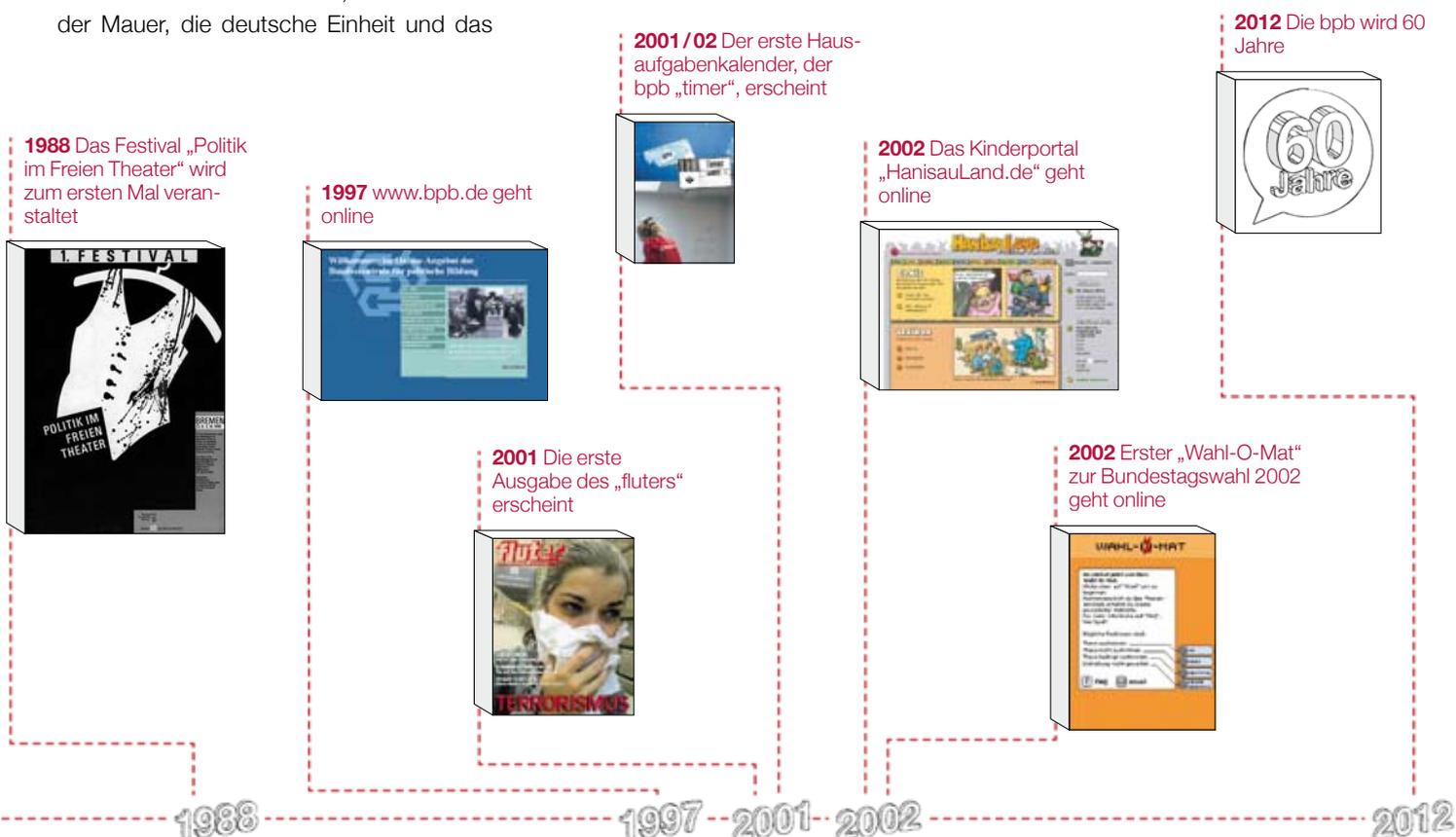
Zur Jahrtausendwende kam es zu einer umfassenden organisatorischen und inhaltlichen Neuausrichtung der bpb. Das Spektrum wurde um die Themen Integration und Migration, Demografie, die Zukunft des Sozialstaats und der Sozialen Marktwirtschaft sowie Gewaltphänomene in der Gesellschaft erweitert. Als neue Zielgruppe – neben Multiplikatoren, Meinungsführern und politisch Interessierten – wurden Jugendliche und junge Erwachsene definiert. Auch die in Deutschland lebenden Menschen mit Migrationshintergrund sind heute wichtige Adressaten für die bpb.

Die bpb entwickelt eine Vielzahl zielgruppenspezifischer Maßnahmen. Sie greift aktuelle und zeithistorische Themen mit Ver-

anstaltungen, Printprodukten, audiovisuellen und Online-Produkten auf. Dicke Bücher gehören ebenso dazu wie Online-Dossiers, DVDs, Zeitschriften, Social-Media-Projekte, Konferenzen, Studienreisen, der inzwischen berühmte „Wahl-O-Mat“, Kinoseminare oder Journalistenfortbildungen. Dabei verfolgt die bpb wie seit der Gründung das Ziel, Verständnis für politische Sachverhalte zu fördern, das demokratische Bewusstsein zu festigen und die Bereitschaft zur politischen Mitarbeit zu stärken. –

Mehr zur Geschichte der bpb:
www.bpb.de/bpbgeschichte

Mehr zur deutschen Geschichte:
www.bpb.de/geschichte



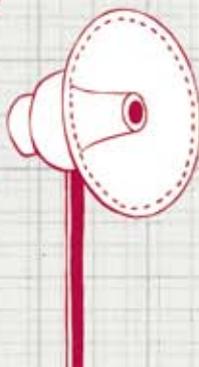
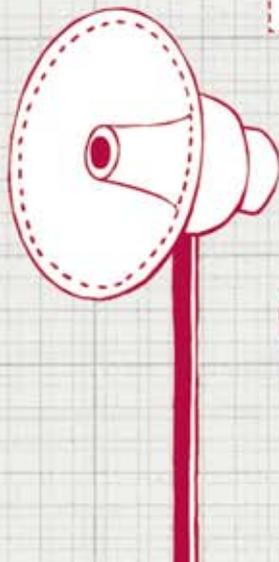
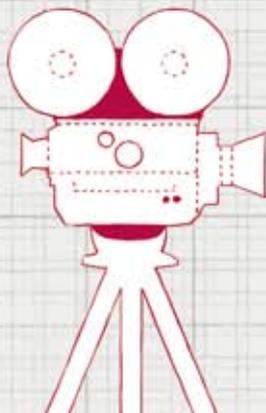
VERANSTALTUNGEN 2012

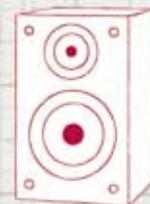
März

- 1.3.–25.7.** Schulfilmreihe
Britfilms – British Film Schools Festival #5
bundesweit
www.agkino.de/britfilms
-
- ab 1.3.** Schulfilmreihe mit Kinoseminaren und
 Lehrerfortbildungen
SchulKinoWochen
bundesweit
www.visionkino.de/schulkinowochen
-
- 15.3.–18.3.** **Leipziger Buchmesse**
Leipziger Messe, Stand H101/Halle 2
www.bpb.de/messen
-
- 16.3.** Seminar
Eltern-LAN
Bremerhaven, Volkshochschule
www.eltern-lan.info
-
- 20.3.** Medienpädagogische Fortbildung zu
 Computerspielen
Computerspiele selbst erleben!
Hamburg, Jugendinformationszentrum
www.spielbar.de/neu/fortbildung
-
- 25.3.–30.3.** Workshop
**Jugendmedienworkshop 2012: Auftrag:
 Gesellschaft**
Berlin, Deutscher Bundestag
www.jugendpresse.de/bundestag
-
- 28.3.–30.3.** Forum Lokaljournalismus 2012
 (Teilnahme nur auf persönliche Einladung)
**Faszination Lokaljournalismus – Demokratie
 braucht Leitmedien**
Bremerhaven
www.bpb.de/lokaljournalistenprogramm

April

- 2.4.** Diskussionsreihe zu aktuellen Themen
CHECK THIS POINT
bpb Berlin
-
- 22.4.** Diskussionsreihe zu aktuellen Themen
**Streitraum 2011/2012: Rechter Terror
 und der Inlandsgeheimdienst oder: Wer
 überwacht eigentlich die Überwacher?**
Berlin, Schaubühne
www.schaubuehne.de
-
- 22.4.–25.4.** Tagung
**Politische Umwälzungen und Bürgerkriege
 in Afrika : Kongo, Somalia, Simbabwe und
 Tschad.**
Akademie für Politische Bildung Tutzing
www.apb-tutzing.de
-
- 23.4.–24.4.** Tagung
**Lernen über den Tag hinaus – Bildung für
 eine zukunftsfähige Welt**
*Vertretung der Freien und Hansestadt Hamburg beim
 Bund in Berlin*
-
- 25.4.** Medienpädagogische Fortbildung zu
 Computerspielen
Computerspiele selbst erleben!
Stuttgart, Best Western Hotel Ketterer
www.spielbar.de/neu/fortbildung
-
- 26.4.–28.4.** Symposium
**Zwischen Diskriminierung und Emanzipa-
 tion. Geschichte und Kultur der Sinti und
 Roma in Deutschland und Europa.**
*Nürnberg, Dokumentationszentrum
 Reichsparteitagsgelände*
-
- 26.4.–1.5.** Filmfestival mit morgendlichen Podien
58. Internationale Kurzfilmtage Oberhausen
Oberhausen
www.kurzfilmtage.de





Mai

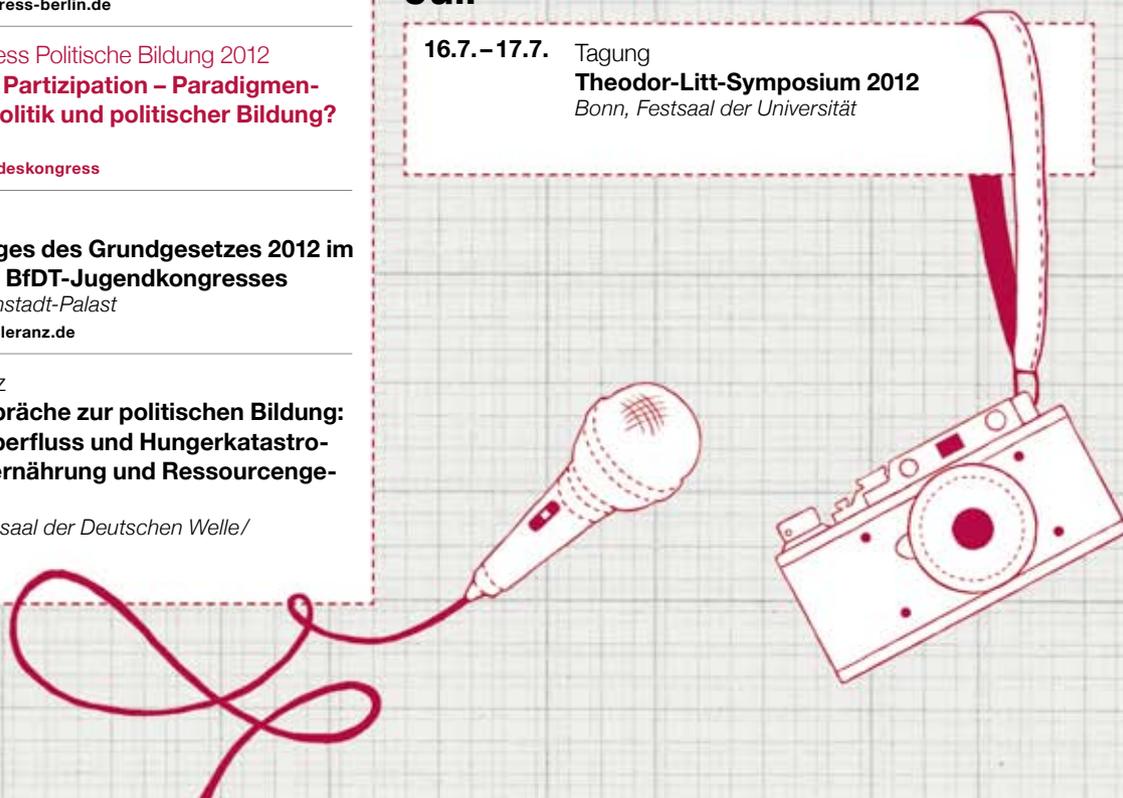
- ab 1.5.** Veranstaltungsreihe
HANDS ON FASSBINDER – Die Fassbinder-Konferenzen
 Berlin
www.revolver-film.de
-
- 4.5.–20.5.** Festival
Stückemarkt 2012
 Berlin, Haus der Berliner Festspiele
www.berlinerfestspiele.de
-
- 5.5.–23.5.** **Aktionstage Politische Bildung 2012**
www.bpb.de/aktionstage
-
- 6.5.–12.5.** Filmfestival
20. Kindermedienfestival GOLDENER SPATZ
 Gera, UCI Kinowelt/Erfurt, Cinestar
www.goldenerspatz.de
-
- 10.5.–12.5.** Redaktionskonferenz
Land in Sicht – Gute Konzepte für kleine Redaktionen
 Göttingen, InterCityHotel
www.bpb.de/lokaljournalistenprogramm
-
- 11.5.–13.5.** 7. Zukunftsforum ISLAM
Muslimen und Politik: innerislamische Kontroversen – gesellschaftliche Erwartungen (Arbeitstitel)
 Ort steht noch nicht fest
-
- 20.5.–24.5.** **BfDT-Jugendkongress 2012**
 Berlin, Berliner Congress Center (bcc)
www.jugendkongress-berlin.de
-
- 21.5.–23.5.** Bundeskongress Politische Bildung 2012
Zeitalter der Partizipation – Paradigmenwechsel in Politik und politischer Bildung?
 Berlin
www.bpb.de/bundeskongress
-
- 23.5.** Festakt
Feier des Tages des Grundgesetzes 2012 im Rahmen des BfDT-Jugendkongresses
 Berlin, Friedrichstadt-Palast
www.buendnis-toleranz.de
-
- 29.5.–31.5.** Fachkonferenz
Bonner Gespräche zur politischen Bildung: Zwischen Überfluss und Hungerkatastrophen – Welternährung und Ressourcengerechtigkeit
 Bonn, Gremiensaal der Deutschen Welle/
 CJD Bonn

Juni

- 1.6.–3.6.** **Gamescamp**
 Burg Lohra (Landkreis Nordhausen)
www.gamescamp.info
-
- 4.6.** Diskussionsreihe zu aktuellen Themen
CHECK THIS POINT
 bpb Berlin
-
- 7.6.–8.6.** Symposium und Veranstaltungsreihe
DIE PROVOKATION DER WIRKLICHKEIT – 50 Jahre Oberhausener Manifest
 Wien, Filmmuseum
www.oberhausener-manifest.com
-
- 11.6.–14.6.** Tagung
Bewährung in der Krise? Die Europäische Union im Widerstreit zwischen Solidarität, Glaubwürdigkeit, innerem Zusammenhalt und der Durchsetzung nationaler Interessen
 Akademie für Politische Bildung Tutzing
www.apb-tutzing.de
-
- 17.6.–19.6.** Hörfunkseminar
9. Tutzinger Radiotage 2012: Radio – The next generation
 Akademie für Politische Bildung Tutzing
www.hoerfunke.de

Juli

- 16.7.–17.7.** Tagung
Theodor-Litt-Symposium 2012
 Bonn, Festsaal der Universität



VERANSTALTUNGEN 2012

August

ab 1.8. Deutsch-afrikanischer Stipendiatenaustausch unter Schirmherrschaft des Bundespräsidenten
Go Africa... Go Germany 2012/13
Deutschland
www.bpb.de/goafrica

15.8. – 19.8. Messe
gamescom 2012
Köln
www.bpb.de/messen

Weiteres

auf Seminar
Anfrage **Eltern-LAN**
www.eltern-lan.info

September

3.9. Diskussionsreihe zu aktuellen Themen
CHECK THIS POINT
bpb Berlin

6.9. – 8.9. Tagung
Ein Jahr danach: Arabellion und die Folgen
Münster, Franz-Hitze-Haus

13.9. – 16.9. Tagung
Sommerakademie Asien – Wissenschaft trifft Unterrichtspraxis
Akademie für Politische Bildung Tutzing
www.apb-tutzing.de

19.9. Medienpädagogische Fortbildung zu Computerspielen
Computerspiele selbst erleben!
Dortmund
www.spielbar.de/neu/fortbildung

23.9. – 28.9. Tagung
Politikdidaktik international: Tutzinger Didaktik Forum (NECE-Workshop)
Akademie für Politische Bildung Tutzing
www.apb-tutzing.de

24.9. – 28.9. Modellseminar
Macher und Märkte von nebenan – Wie man die lokale Wirtschaft richtig anpackt
Augsburg
www.bpb.de/lokaljournalistenprogramm

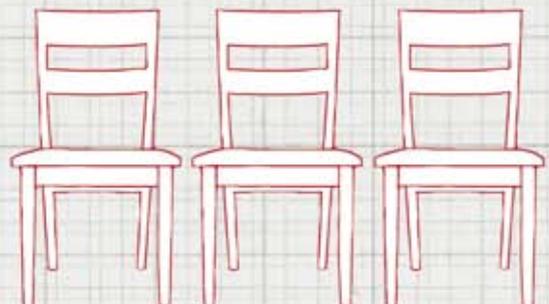
Wanderausstellungen

bis 22.7. Wanderausstellungen
Bilder im Kopf – Ikonen der Zeitgeschichte
Historisches Museum Hannover
www.hdg.de/bonn/ausstellungen/wanderausstellungen

bis 9.4. Wanderausstellungen
Deutschland für Anfänger
Neumünster, Museum Tuch + Technik
www.tuch-und-technik.de

29.3. – 13.5. Wanderausstellungen
Abgestempelt – Judenfeindliche Postkarten
Prora, Dokumentationszentrum Prora e. V.
www.proradok.de

WWW.BPB.DE/AUSSTELLUNGEN



Veranstaltungsvorschau

Dabei sein – mitgestalten – bewegen

Welches Verhältnis haben die Bürgerinnen und Bürger zur Demokratie? Welche Rolle spielt die politische Bildung in diesem Zusammenhang? Und welchen Stellenwert messen ihr die politischen Entscheidungsträger/innen bei?

Der 12. Bundeskongress Politische Bildung vom 21. bis 23. Mai 2012 in Berlin steht unter der Fragestellung „Zeitalter der Partizipation – Paradigmenwechsel in Politik und politischer Bildung?“. Während des Kongresses sollen die Prinzipien der demokratischen Kultur und neue Formen der Beteiligung diskutiert werden. Die Themen reichen von Demokratie 2.0 über E-Partizipation bis zu „Startbedingungen“ für lebenslange Partizipation sowie Fragen rund um Inklusion und Exklusion. Den Einführungsvortrag hält Colin Crouch, Soziologe und Politikwissenschaftler an der Warwick Business School in England. Er stellt sich der Frage, ob „neue Formen der Partizipation ein Markenzeichen der Postdemokratie“ sind. Der Bundeskongress Politische Bildung bietet eine Plattform für Interes-

sierte aus unterschiedlichen Arbeitsbereichen und Organisationen. Politiker/innen treffen auf Bürger/innen, Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen diskutieren mit Aktivisten/innen, Praktiker/innen aus schulischer und außerschulischer Bildung tauschen sich mit Wissenschaftler/innen aus. Sie sind gefragt!

Partizipation ist Thema und Programm. Sie haben die Möglichkeit, Kongressmodule mitzugestalten, eigene Angebote für die Teilnehmenden vorzuschlagen und diese mit anderen zu diskutieren. Veranstalter sind die bpb, die Deutsche Vereinigung für Politische Bildung e.V. (DVPB) und der Bundesausschuss Politische Bildung (bap). Der Kongress ist die zentrale Veranstaltung der Aktionstage Politische Bildung 2012. –

Alle Informationen zum Programm und den Beteiligungsmöglichkeiten im Vorfeld des Kongresses unter:

www.bundeskongress-partizipation.de



BfDT-Jugendkongress und Festakt zur Feier des Tages des Grundgesetzes 2012

Zivilgesellschaftliche Partizipation und ehrenamtliches Engagement werden in Deutschland immer wichtiger. Insbesondere die Jugend will und soll sich einmischen, ihre Meinung äußern und etwas bewegen! Ihr Potenzial will das Bündnis für Demokratie und Toleranz – Gegen Extremismus und Gewalt (BfDT) mit dem jährlichen Jugendkongress rund um den Tag des Grundgesetzes am 23. Mai fördern. Vom 20. bis 24. Mai werden auch 2012 wieder rund 450 Jugendliche aus ganz Deutschland nach Berlin eingeladen, um gemeinsam Workshops und Diskussionen zu besuchen, die ihnen Hintergrundwissen und praxisnahe

Tipps vermitteln, wie man sich für Demokratie und Toleranz starkmachen kann. Höhepunkt des Jugendkongresses ist der Festakt zur Feier des Tages des Grundgesetzes und die Auszeichnung der „Botschafter für Demokratie und Toleranz“ am 23. Mai im Friedrichstadt-Palast, Berlin. –

Weitere Informationen unter:
www.buendnis-toleranz.de



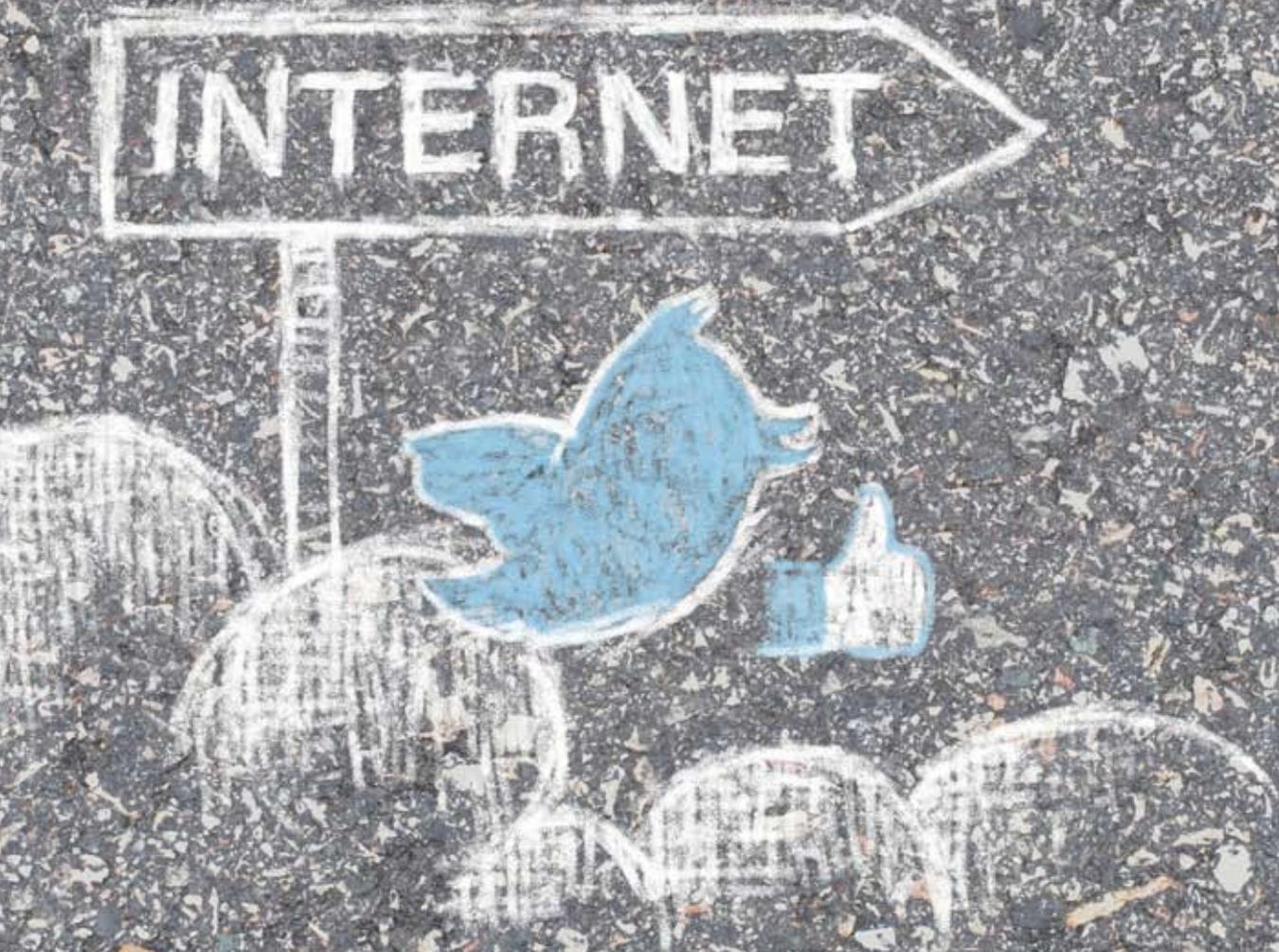
Bündnis für Demokratie und Toleranz

Kernaufgabe des BfDT ist es, das zivilgesellschaftliche Engagement für Demokratie und Toleranz – Gegen Extremismus und Gewalt in Deutschland sichtbar zu machen und möglichst viele Mitbürger/innen zum Einsatz für die Demokratie zu ermutigen. Anfang 2011 wurde die Geschäftsstelle des BfDT auf Erlass des Bundesministeriums des Innern und des Bundesministeriums der Justiz in die bpb integriert, um das zivilgesellschaftliche Engagement im Bereich der aktiven Demokratie- und Toleranzförderung zu bündeln.

www.buendnis-toleranz.de

Der Ort des Politischen in der digitalen Medienwelt

→ Text **Thomas Krüger**



„Facebook-Proteste“, „Twitter-Bewegungen“, „Handy-Revolutionen“ oder „Blackberry-Aufstände“: Die digitalen Graswurzelmedien spielen bei den Protestbewegungen in Teheran, Kairo, Stuttgart, London, New York oder neuerdings Frankfurt eine zentrale Rolle. Zwei Grundannahmen, die gerne auch für den digitalen Wandel in anderen Teilen der Gesellschaft genutzt werden, sind dabei sehr beliebt: Entweder wird impliziert, dass da etwas ganz Neues gekommen sei und alles Alte ersetze, oder, dass das Alte durch etwas Neues ergänzt werde. Beide Grundannahmen sind falsch: Im digitalen Wandel wird das Bestehende nicht ersetzt oder ergänzt. Das Neue verändert das Bestehende.

Wir verfügen heute in Deutschland über etablierte Institutionen und Prozesse, was wir als Hinweise für eine stabile Demokratie deuten dürfen. Andererseits sind die Zeichen der Unzulänglichkeit des politischen Prozesses offensichtlich. Partizipation mithilfe des Internets erfolgt in Deutschland bislang, wenn überhaupt, noch nach alten Mustern: Der Staat ruft, die Bürgerinnen und Bürger dürfen mitmachen. Die heutige Zivilgesellschaft ist aber schon weiter. Mit der Netzcommunity sieht die Politik sich mit einer Gruppe von Menschen konfrontiert, die hervorragend die Klaviatur der öffentlichen Kommunikation 2.0 bespielen kann. Ihre Akteure verstehen sich auf Partizipation 2.0, also Beteiligung, die nicht von oben initiiert wird, sondern von den Bürgerinnen und Bürgern ausgeht. Aus der repräsentativen Demokratie wird eine Mitmachdemokratie, die Repräsentanten nicht ersetzt, sondern verändert.

Mit neuen Formen der demokratischen Entscheidungsfindung, die unter dem Begriff Partizipation 3.0 zirkulieren, experimentiert bereits die Piratenpartei und wurde für ihr Programm von den Berliner Wählerinnen und Wählern direkt ins Abgeordnetenhaus berufen. Mit Liquid Feedback, Delegated Voting und Liquid Democracy erprobt sie Formen zwischen direkter und repräsentativer Demokratie. Der periodische Wahlakt wird hier zugunsten eines ständigen, öffentlichen Diskurses überwunden. Jeder soll sich flexibel an Entscheidungen beteiligen können und Mehrheiten organisieren. Es fließen – daher „liquid“ – direkte und repräsentative Demokratie ineinander. Das

Prinzip ist nichts Neues, sondern die digitalisierte Version der alten basisdemokratischen Idee. Das Volk gibt sich dabei seine Regeln unmittelbar selbst – ganz nach dem Rousseau'schen Demokratieverständnis.

Die politische Bildung muss der sich verändernden Kultur der Mediennutzung aktiv begegnen. Die bpb ist auf Facebook und Twitter aktiv, um zu den Menschen zu kommen, sich mitten im Leben abzuspielen. Wie Bertolt Brecht mit seiner Radiotheorie bereits vor 80 Jahren forderte: „Hörer sollen zum Mitspieler werden“, fordern wir in der politischen Bildung: Die Bürgerinnen und Bürger sollen mitreden und mitmachen! Eine aufgeklärte und demokratische Gesellschaft darf sich aber nicht von der Technik treiben lassen. Auch dort, wo gar anstelle von Gleichheit, Transparenz und Meinungsvielfalt eine Diktatur der „Gut-Vernetzten“ droht, sind Inhalte für alle zu schaffen – in öffentlichen Räumen jenseits von Massenmedien und digitaler Welt.

Die öffentlich-rechtlichen Institutionen sind in der Pflicht, mit ihrem Angebot eine medienkompetente Gesellschaft zu aktivieren, eine Zivilgesellschaft, die Demokratie gestaltet – digital und analog. Bisher konnten Skeptiker gewichtige praktisch-logistische Gegenargumente ins Feld führen – heute geht es vor allem um die Frage, ob wir das alles wirklich wollen oder nicht. Wo ist die deutsche, europäische oder weltweite nicht kommerzielle, freie cloud (Datenwolke) der Politik, Bildung und Kultur? Wer baut daran? Und wer warum nicht? –

www.twitter.com/frag_die_bpb

www.facebook.com/bpb.de



Thomas Krüger, geboren 1959 in Buttstätt, ist seit Juli 2000 Präsident der bpb.

„Die politische Bildung muss der sich verändernden Kultur der Mediennutzung aktiv begegnen: Die Bürgerinnen und Bürger sollen mitreden und mitmachen!“



Digitale Bildung in der Praxis

werkstatt.bpb.de ist Feedbackkanal, Dialog und Feldforschung. Typenoffen, kontrolliert, konstruktiv. Thema ist die zeitgemäße Vermittlung von Zeitgeschichte und Politik im Alltag deutscher Schulen und in der außerschulischen Bildung vor dem Hintergrund aktueller Herausforderungen wie Migration und Digitalisierung.

werkstatt.bpb.de

Web 2.0 in der politischen Bildung

Das Weblog pb21.de liefert Anleitungen, Tipps und Tricks sowie Hintergrundinformationen zu Web-2.0-Werkzeugen in der Praxis der politischen Bildung. Als lernendes Projekt ist es offen für Diskussionen und Praxiserfahrungen. pb21.de ist ein Kooperationsprojekt der bpb und des DGB-Bildungswerks.

pb21.de

„Wie ein Trojanisches Pferd (politisches) Wissen vermitteln“



Uwe von Grafenstein, ist Geschäftsführer der SEO Entertainment GmbH und arbeitet seit vielen Jahren als Produzent/Regisseur für verschiedene TV-Sender und Produktionsfirmen.

Interview mit Uwe von Grafenstein, Produzent der Sendung „Ahnungslos – Das Comedyquiz mit Joko und Klaas“.

→ Interview **Wiebke Kohl**

Was fand am 3. Oktober 1990 statt? Wofür steht der Generationenvertrag? Wie heißt die Hauptstadt der USA? Seit 2010 befragen die Moderatoren Joko Winterscheidt und Klaas Heufer-Umlauf in ihrem TV-Format „Ahnungslos – Das Comedyquiz mit Joko und Klaas“ auf ProSieben ahnungslose Kandidaten mit versteckter Kamera und bringen so politische Bildung auf unterhaltsame Weise ins Spiel. Das TV-Format wird von der Bundeszentrale für politische Bildung unterstützt. Die erste Staffel „Ahnungslos“ wurde 2010 ausgestrahlt, 2011 folgte ein politischer Jahresrückblick – derzeit laufen in Berlin die Dreharbeiten für eine zweite Staffel, die im Frühjahr 2012 gesendet wird. Uwe von Grafenstein, Produzent der Sendung, über erstaunlich informierte Kandidaten und Humor in der politischen Bildung.

Herr von Grafenstein, Joko und Klaas kennt man eher aus Formaten wie MTV Home oder NeoParadise, die für ihren anarchischen Humor bekannt sind und wenig mit politischer Bildung bzw. Politik zu tun haben. Wie kam es zu der Zusammenarbeit mit der bpb?

Wir arbeiten seit 2010 zusammen. Ausgangspunkt war die Frage, wie man ein Format entwickeln könnte, das auf spielerische Weise politisches Wissen an Jugendliche vermittelt. Wir wissen ja, dass gerade das Fernsehen neben dem Internet für Jugendliche ein Medium ist, über das sie sich informieren und das mit wesentlich ist für ihre Freizeitgestaltung. Das war die Initialzündung für „Ahnungslos“.

Worum geht es bei „Ahnungslos“?

„Ahnungslos“ ist ein Comedyquiz mit versteckter Kamera. Klaas und Joko schlüpfen verkleidet in ganz unterschiedliche Rollen und testen nichtsahnende Kandidaten in scheinbar beiläufigen Gesprächen, was sie so alles über Politik, Gesellschaft, Geschichte und Lifestyle wissen. Dabei lernen die Mitspieler und Zuschauer schnell, dass „Wissen sich lohnt“, denn für jede richtige Antwort





01 Joko (rechts) und Klaas bei den Dreharbeiten in Berlin

„Um ehrlich zu sein, waren wir und unsere Moderatoren manchmal sogar ziemlich überrascht, wie viel die Kandidaten tatsächlich wissen.“

gibt's 50 Euro in bar. Falsche oder nicht gewusste Antworten klären wir auf. Anliegen von „Ahnungslos“ ist es, wie ein Trojanisches Pferd (politisches) Wissen zu vermitteln.

Wen wollen Sie mit dem Format ansprechen?

Wir wollen vor allem Jugendliche und junge Erwachsene ansprechen und zum Mitraten anregen. Wir freuen uns aber auch immer wieder über Zuschriften und Reaktionen von „älteren Semestern“.

Empirische Studien wie etwa die Shell-Studie konstatieren, dass die junge Generation – gerade in den unteren sozialen Milieus – immer weniger über Politik weiß und wenig interessiert ist. Deckt sich das mit den Erfahrungen bei den Dreharbeiten?

Ja und nein: Generell ist eine solche Aussage vielleicht richtig. Speziell im Fall von „Ahnungslos“ deckt sich das aber nicht unbedingt mit unseren Erfahrungen. Um ehrlich zu sein, waren wir und unsere Moderatoren manchmal sogar ziemlich überrascht, wie viel die Kandidaten tatsächlich wissen.

Also sind die meisten Kandidaten politisch gut informiert?

Natürlich gibt es auch Kandidaten, die gar nichts oder nicht viel wissen, aber wir stellen ja Fragen aus unterschiedlichen Bereichen und dass die Ablehnung insbesondere bei den politischen Fragen besonders hoch ist, konnten wir bislang nicht feststellen. Im Übrigen kommt es auch vor, dass Joko oder Klaas die Antwort auf eine Frage selbst nicht auf Anhieb gewusst hätten.

Sehen Sie Vermittlungsprobleme?

Na ja, grundsätzlich gibt es die bestimmt. Politik kommt für viele Jugendliche eben doch sehr statisch daher und scheint für sie sehr weit weg von ihrem Alltag. Viele von den Dingen, die hier in Berlin verhandelt werden, finden sie vielleicht für sich persönlich nicht so wichtig oder haben das Gefühl, dort ohnehin nicht repräsentiert zu sein. Bei „Ahnungslos“ versuchen wir natürlich, vor allem Fragen zu Themen zu stellen, die für junge Menschen auch interessant und →



Verstärker – Netzwerk aktivierende Bildungsarbeit

Die Plattform richtet sich an Multiplikatoren und Institutionen der politischen Bildung, die mit politik- und bildungsfernen Jugendlichen arbeiten. Mit Jugendlichen, die aufgrund ihrer Lebenswelten, Freizeitgewohnheiten, Themeninteressen und ihrem Mediennutzungsverhalten mit klassischen Methoden der politischen Bildung nicht oder nur schwer erreicht werden können. Im Netzwerk „Verstärker“ findet ein professioneller Austausch über Erfahrungen, Herausforderungen und aktuelle Forschungsfragen statt. Es entsteht so gleichzeitig eine interdisziplinäre Vernetzung und gegenseitige Qualifizierung und Beratung. Bei den ein- bis zweimal jährlich geplanten Netzwerktreffen werden entstandene Ideen wie Veranstaltungen, Modellprojekte und Kommunikationsstrategien aufgegriffen und gemeinsam weiterentwickelt. Alle Mitglieder können sich einbringen, langfristig sollen auch Jugendliche in die Arbeit eingebunden werden.

www.bpb.de/verstaerker



relevant sind und die in ihrer Lebenswelt tatsächlich vorkommen, wie z. B. Arbeit und Arbeitslosigkeit, Einwanderung und soziale Gerechtigkeit. Ich glaube, das spielt schon eine Rolle.

Denken Sie, dass ein TV-Format wie „Ahnungslos“ den Jugendlichen Politik näherbringen kann?

Ich denke schon. Zum einen, weil die Jugendlichen ihre Themen angesprochen finden, zum anderen, weil diese eben völlig anders rüberkommen als sonst. Bei „Ahnungslos“ lernt man ja eher spielerisch und nebenbei etwas dazu, eben nicht zu vergleichen mit der Schule oder mit Nachrichtenmagazinen im Fernsehen. Beides hat natürlich seine Berechtigung, aber wenn die Jugendlichen sich in ihrer Freizeit mit Politik beschäftigen sollen, muss sie schon ein bisschen witziger und vor allem unterhaltsamer verpackt sein. Eine Zuschauerbefragung zu der letzten Staffel hat ergeben, dass rund ein Viertel der Zuschauer sagten, dass sie durch die Sendung etwas gelernt hätten und sich nun vorstellen können, sich stärker mit politischen Themen zu befassen.

Braucht die politische Bildung bzw. die Politik mehr Humor?

Absolut! Mehr Anarchie, mehr Trojanische Pferde und mehr packende und relevante Geschichten. Und das sage ich jetzt nicht nur, weil das einige der Kerngebiete unserer Moderatoren sind, sondern weil ich glaube, dass es sich auf diese Weise viel leichter lernt und es so leichter fällt, sich auch mit abstrakten Inhalten zu beschäftigen. –

Modellprojekt „Dialog macht Schule! Politische Bildung in der Einwanderungsgesellschaft“

Wie kann politische Bildung an den Interessen und Wünschen von bildungsfernen Jugendlichen mit Migrationshintergrund, die schon jetzt an vielen Schulen die Mehrheit der Schüler stellen, anknüpfen? Bereits seit zwei Jahren gehen im Rahmen des Projektes junge Menschen mit pädagogischer Erfahrung und eigener Einwanderungsgeschichte an Haupt-, Real- und Gesamtschulen. Die Dialogmoderatoren führen in einem Gesprächsunterricht die Schüler an politische Themen heran – ausgehend von den Interessen und Lebenswirklichkeiten der Jugendlichen. Mit diesem neuen Format können Jugendliche ein Bewusstsein für Demokratie und Partizipation entwickeln. Sie können im Rahmen des Projektes das eigene Verständnis von Politik und gesellschaftlicher Teilhabe erweitern. Partner der bpb in diesem Projekt ist die Robert Bosch Stiftung.



Christiane Bender, Professorin an der Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr Hamburg.



Elmar Wiesendahl, Professor, Geschäftsführer der Agentur für politische Strategie (APOS) in Hamburg.

Mehr direkte Demokratie bedeute nicht zwingend weniger Elitenherrschaft, schreiben die Hamburger Politikwissenschaftlerin Christiane Bender und der Geschäftsführer der Agentur für politische Strategie (APOS), Elmar Wiesendahl, in der APuZ 44-45 / 2011. Institutionelle Beschränkungen seien unerlässlich, denn die Herrschaft der Wenigen (Oligarchie) sei durch das Repräsentationsprinzip begünstigt. Netzwerke zur Machtsicherung in den Führungsetagen verstärken diesen Trend. Für Idealismus bleibt da kaum mehr Platz. Welche Zukunft hat die Demokratie, wenn sich oligarchische Tendenzen immer weiter verfestigen? Hier die gemeinsamen Antworten der beiden Autoren.



Patrizia Nanz / Miriam Fritsche
**Handbuch
Bürgerbeteiligung**

Bestell-Nr. 1.200
4,50 Euro

Das „Handbuch Bürgerbeteiligung“ bietet einen praxisnahen Einstieg in das Thema. Es stellt pointiert die Relevanz von dialogorientierter Bürgerbeteiligung in der modernen Demokratie dar und liefert einen strukturierten Überblick über die derzeit prominentesten Verfahren sowohl klassischer Präsenz- als auch internetgestützter Beteiligung.

Demokratie auf dem Prüfstand

Christiane Bender und Elmar Wiesendahl über „das eherne Gesetz der Oligarchie“.

→ Interview **Dr. Hans-Georg Golz**

Die Demokratie befindet sich augenscheinlich in einer schwierigen Phase, wenn wir uns die weltweite Occupy-Bewegung, aber auch die Auseinandersetzungen um den Neubau des Bahnhofs in Stuttgart vor Augen führen. Ist die Demokratie in der Krise?

Keineswegs, denn nur in der Demokratie sind derartige Protestformen überhaupt möglich, bei denen die Teilnehmenden keine Repressalien fürchten müssen. „Stuttgart 21“ und Occupy beleben die Demokratie.

Warum ist die Demokratie eine so wichtige Errungenschaft, wenn es auch bei dieser Herrschaftsform zur Herausbildung und Verfestigung von Eliten kommt?

Nach der idealistischen Vorstellung ist Demokratie unmittelbare Selbstbestimmung, ja Selbst-Herrschaft des Volkes. Sie hebt den Unterschied zwischen Beherrschten und Herrschenden auf. Sie ermöglicht die Existenz Freier und Gleicher. Gleichwohl ist Elitenbildung nicht zu vermeiden, denn die Regierungsgeschäfte in hochkomplexen, modernen Gesellschaften können nicht, in allen Fragen und jederzeit, von der Gesamtbürgerschaft ausgeübt werden.

Der stärkste Grund für Elitenbildung ist offenbar die Gier nach Macht und deren Erhalt. Gibt es Instrumente, die dieses Streben unterbinden bzw. einschränken könnten?

Elitenbildung ist einerseits tatsächlich notwendig, andererseits ermöglicht sie gerade „Machtmenschen“ den Weg nach oben. Sind sie einmal in der „Elite“ angelangt, wollen sie an der Macht bleiben. Wir plädieren für demokratische Fesseln und institutionelle Schranken, um deren Machtstreben zu begrenzen – etwa die strikte Befristung der Amtszeit.

Sollte man dann nicht gleich eine „undemokratische“ Herrschaftsform anstreben?

Elitenbildung beruht auf der Übertragung der Selbstbestimmungsrechte auf gewählte Politikerinnen und Politiker. Dies erzeugt eine Stellvertreter-Demokratie, oder, wissenschaftlich ausgedrückt, die repräsentative Mehrheitsdemokratie. Sie ist nicht undemokratisch, solange die gewählten Stellvertreter wirksam kontrolliert und turnusmäßig abgewählt werden können.

Sie zitieren in Ihrem APuZ-Text Robert Michels und seine „Soziologie des

Parteiwesens“, ein wichtiges Buch, das, vor hundert Jahren erschienen, noch immer aktuell ist: Eine starke Organisation fordert auch eine starke Führung. Muss man sich tatsächlich entscheiden zwischen einer starken Regierung und der Partizipation des Volkes?

Nein. Wenn eine starke Regierung im Interesse der Bürgerinnen und Bürger handelt, dient das der Demokratie. Partizipation des Volkes ist ein Korrektiv, erschwert das Regieren, führt aber nicht zu einer schwachen Regierung.

Können Sie sich eine „demokratische“ Herrschaftsform als die Demokratie vorstellen?

Nein, denn Demokratie ist nicht zu steigern. Sie muss allerdings, und darauf sollten wir alle achten, ein Höchstmaß an Teilhabe ermöglichen. Die auf Zeit gewählten Eliten dürfen nicht „abheben“.

Robert Michels glaubte, einer Oligarchisierung könne nicht mit direkter Demokratie oder Demonstrationen entgegengetreten werden. Vielmehr seien tief greifende Reformen der politischen Parteien notwendig. Doch wie kann man verkrustete innerparteiliche Strukturen aufbrechen?

Elitenbildung und Oligarchisierung gehen Hand in Hand. Ein Gegengift besteht in der Stärkung innerparteilicher Demokratie, auch durch die neuen digitalen Möglichkeiten, sowie in der direkten Wahl der Führung und selbstverständlich in der Ämterbegrenzung und -befristung. Innerparteiliche Demokratie lebt vom aktiven Engagement der Mitglieder.

Noch einmal: Kann die Demokratie reformiert werden, oder deutet sich nicht vielmehr ein evolutionärer Wandel der Herrschaftsform an?

Selbstbezogenheit und Bürgerferne befeuern tatsächlich eine Vertrauenskrise. Mehr Möglichkeiten direkter Demokratie können dieser Entfremdung entgegenwirken. Ein Elitenversagen kann Demokratie gefährden. –



APuZ
Demokratie und Beteiligung

Bestell-Nr. 7.144
kostenlos



**Rechtsextremismus
ist wieder in aller Munde.
Doch wie beugt man
ihm vor? Eine außergewöhnliche
Spurensuche
mit dem Fotoapparat.**

→ Text **Holger Kulick**, Fotos **Harald Hauswald**

Vorbilder gegen Feindbilder

Ein wenig wirkt Harald Hauswald wie aus der Zeit gefallen. T-Shirt, Jeans, grüner Parka und lange Haare. Das war sein Markenzeichen schon in der DDR. Doch nicht nur seinem Outfit ist der Fotograf treu geblieben. Auch seinem leisen und ungekünstelten Arbeitsstil. Unauffällig, fast unsichtbar lauert er auf seine Motive, diesmal sollen es Anstifter sein. Anstifter gegen Brandstifter. Menschen, die sich einen Kopf machen, wie man andere dazu bewegen kann, nicht in Lethargie, Frust und Aggressivität zu verfallen, wenn die Dinge einmal nicht so laufen, wie es früher Alltag war.

Ziel der Reise sind Landstriche im Osten Deutschlands, wo Zukunft mit immer größeren Fragezeichen geschrieben wird. Fast alle leiden unter den gleichen Symptomen: Junge Leute suchen das Weite, das generationenverbindende Klima sozialer Nachbarschaft zerbröckelt, die Geldbeutel sind klamm, die Gemeindekassen leer, Schulen werden geschlossen, Kulturarbeit liegt brach und Sozialarbeit wird immer massiver beschnitten. Proportional dazu wachsen soziale Verunsicherung und die Verführbarkeit zu Extremismen aller Art. Ausgenutzt wird das vor allem von rechts außen.

„Kümmerer gesucht“ müssten hier Bürgermeister plakatieren – engagierte Menschen aus der Mitte der Gesellschaft, bevor





„Feuerwehr darf niemals diskriminieren, sie muss jedem helfen, ganz egal, ob er eine andere Hautfarbe, Religion oder Gesinnung hat.“



das die Strategen an den Rändern tun. Genau diese Kümmerer porträtiert Hauswald derzeit mit seiner Kamera für eine Ausstellung und Publikation im Rahmen des Bundesprogramms „Zusammenhalt durch Teilhabe“. Hauswald besucht die geförderten Projekte und hält Ausschnitte des Lebens- und Projektalltags vor Ort fest. Es sind cou-

ragierte Kümmerer und Klimaverbesserer, die er auf Zelluloid bannt. „Vorbilder gegen Feindbilder“, so drückt Hauswald es aus. Er sucht sie dort, wo es brennt oder Feuer droht. Sogar bei der Feuerwehr.

In Sebnitz in der sächsischen Schweiz porträtiert er Mike Brendel, für den die Feuerwehr nicht nur zum Feuerlöschen da ist. Der Koordinator eines Musterprojekts namens „Handeln bevor es brennt“ bei der Jugendfeuerwehr im Landesfeuerwehrverband Sachsen e. V. drängt darauf, Multiplikatoren so zu schulen, „dass sie nicht nur



www.bpb.de/rechtsextremismus

Aktuelle Reportagen und Analysen zum Problemfeld Rechtsextremismus, die kontinuierlich von der bpb ergänzt werden.



für Brandherde, sondern auch für Konflikttherde gerüstet sind“.

Denn neben Sport- und Schützenvereinen ist die Freiwillige Feuerwehr in ländlichen Regionen oft die letzte Institution sozialen Zusammenhalts, in der Menschen aus allen Milieus aufeinandertreffen. Neonazis inbegriffen. Aber wie auf sie reagieren? Sie auszugrenzen wäre fatal, hat Brendel erkannt, „denn das isoliert und stärkt sie nur noch mehr in ihrer Außenseiterrolle“. „Ausbremsen statt ausgrenzen“ ist ein Leitsatz für ihn: „Es geht uns um die Akzeptanz der Person – nicht des Verhaltens.“ Schritt Nummer zwei heißt integrieren und demokratisieren statt zu dämonisieren.

Doch ist Toleranzziehung nicht ein zu großer Schuh für die Feuerwehr? „Im Gegenteil“, sagt Brendel, „Feuerwehr darf niemals diskriminieren, sie muss jedem helfen, ganz egal, ob er eine andere Hautfarbe, Religion oder Gesinnung hat. Dieses Grundgesetz lehren wir“.

Harald Hauswald hört zu, beobachtet, wartet auf das passende Motiv. In der Feuerwehrgarage stehen neben den Einsatzfahrzeugen Schnürstiefel einsteigsbereit, damit im Alarmfall alles blitzschnell gehen kann. Auf den ersten Blick wirkt eins der abgestellten Paare wie ausrangierte Nazi-Treter.

Klick.

Was die Jugendfeuerwehr mittlerweile bundesweit anstrebt, leisten Kirchen schon länger. Pastorin Jessica Warnke-Stockmann aus Parchim in Mecklenburg-Vorpommern hat sich Artikel 1 des Grundgesetzes sogar

auf die Fahne geschrieben. „Die Würde des Menschen ist unantastbar“. Als Banner hat sie den Satz eine Zeit lang an den Turm der Kirche St. Marien gehängt, der die Altstadt schon von Weitem prägt. Flagge zeigen für das, was Neonazis negieren – den Wert des Einzelnen.

Die Resonanz auf das Würde-Banner war groß, nur ein einziger Kritiker im Kirchenvorstand sorgte sich, „so ein politischer Satz bringt bestimmt Ärger“. Doch stattdessen gab es Applaus. Und stadtweit Gesprächsstoff. Das Banner ist zwar mittlerweile abgehängt, aber sein Inhalt ist Programm geblieben. „Das ist die Überschrift für unser Tun“, so definiert es Pfarrerin Stockmann, die auch für die Jugendarbeit im nahen Plattenbauviertel zuständig ist. Hier leben zahlreiche Zuwanderer und Alteingesessene nicht immer konfliktfrei miteinander, und Brückenbau tut not. Das Prinzip Offenheit vorzuleben, ein demokratisches Vorbild zu sein, empfindet die junge Pastorin als tägliche Herausforderung. Unterstützung erfährt die Gemeinde durch das landesweite Projekt „Kirche stärkt Demokratie“. Träger ist eine Arbeitsgemeinschaft namens „Tage Ethischer Orientierung“, kurz TEO. Diese AG organisiert mit den Fördermitteln aus dem Programm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ des Bundesministeriums des Innern Fortbildungen für Pastoren und andere kirchliche Mitarbeiter. Das Ziel: Helfen, eine demokratische Grundhaltung zu entwickeln und den Wert von Leben und Zusammenleben zu vermitteln.

Jessica Warnke-Stockmann ist ein Motor dieses Projekts. Beiläufig erwähnt die junge Pastorin, wie sie zu ihrem Kirchenengagement kam. Sie sei als Mädchen oft gehänselt worden, weil sie als die „Dicke“ galt. Nur in der Kirche habe sie damals eine überraschende Erfahrung gemacht. „Da war jeder akzeptiert, wie er war“. Und mit 13 vertraute ihr der Pfarrer den Schlüssel für den Jugendkeller an. Das war selbst erfahrene Würde. Dieses Gefühl möchte sie weitergeben.

Vor der Kirche parkt zufällig ein Wagen mit der Werbeaufschrift MUT. Bei Harald Hauswald macht es leise

Klick. –

Weitere Stationen folgen. Am Ende wird aus Fotos und Texten ein Buch, das voraussichtlich Ende 2012 erscheint.

- 01** Der Landesfeuerwehrverband Sachsen e. V. engagiert sich seit mehreren Jahren gegen Rechtsextremismus
- 02** Auch in der St.-Marien-Kirche in Parchim will man Rechtsextremismus aktiv begegnen
- 03** Der Fotograf Harald Hauswald dokumentiert in seiner Arbeit verlassene Landstriche im Osten
- 04** „Ausbremsen statt ausgrenzen“: Mike Brendel leitet das Projekt „Handeln bevor es brennt“ der Jugendfeuerwehr Sachsen
- 05** Pastorin Jessica Warnke-Stockmann wirbt für eine weltoffene Gemeinde



Zusammenhalt durch Teilhabe

Mit dem Programm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ fördert das Bundesministerium des Innern seit Ende 2010 Projekte für demokratische Teilhabe und gegen Extremismus in Ostdeutschland. Im Mittelpunkt stehen die Menschen vor Ort, die sich haupt- oder ehrenamtlich in Vereinen, Bürgerinitiativen oder Gemeindeverwaltungen für eine lebendige und demokratische Gemeinschaft engagieren. Mit einem Fördervolumen von insgesamt 18 Millionen Euro werden Projekte unterstützt, die im ländlichen Raum und strukturschwachen Gebieten Ostdeutschlands angesiedelt sind. Wichtige Zielgruppen des Programms sind deshalb die Freiwilligen Feuerwehren, Sportvereine, Wohlfahrtsverbände und kirchliche Träger. Das Bundesprogramm läuft zunächst bis 2013. Umgesetzt wird das Programm durch die Bundeszentrale für politische Bildung. Nähere Informationen zum Bundesprogramm und den geförderten Projekten:

www.zusammenhalt-durch-teilhabe.de

„Wir sollten über das Weltbild reden“

Interview mit Ulrich Dovermann, Experte für Extremismus in der bpb, über die Berichterstattung zum Thema Rechtsextremismus und die Notwendigkeit einer guten Jugendarbeit.

→ Interview **Stefan Wirner**
erschienen in: drehscheibe 2/2012



Ulrich Dovermann arbeitet seit 1992 in der bpb. Bis 2001 war er zuständig für didaktische Grundsatzfragen und Lehrerfortbildung. Heute leitet er den Fachbereich „Extremismus“.



Herr Dovermann, warum konnte die „Zwickauer Zelle“ so lange im Verborgenen Verbrechen begehen? Hat die Öffentlichkeit versagt?

Ich glaube nicht, dass die Öffentlichkeit versagen kann. Wenn, dann ist es ein Versagen derjenigen, die die Öffentlichkeit informieren sollen. Aber zur Ehrenrettung des Journalismus möchte ich sagen: Es ist nicht leicht, diese Formen der Kriminalität zu unterscheiden, wenn die Polizei keine entsprechenden Erkenntnisse hat. Die Sicherheitspolitik hat den Rechtsextremismus nicht in ausreichendem Maße beachtet. Die Presse ist nicht so informiert worden, wie es nötig gewesen wäre.

Was vermissen Sie in der Berichterstattung über das Thema?

Kontinuität. Es gibt zwar Journalisten, die sich kontinuierlich mit dem Thema befassen. In manchen Presseorganen aber ist der Rechtsextremismus nur ein Konjunkturthema. Dabei ist Kontinuität dringend nötig, weil es sich um ein kontinuierliches Problem handelt. Man sollte zum Beispiel nicht nur über Morde berichten, sondern auch über Menschen, die Opfer von Angriffen wurden, Verletzungen oder Behinderungen davontrugen. Und wir sollten auch über das Weltbild reden, das aus solchen Taten spricht.

Was ist gut an der Berichterstattung?

Viele Journalisten nehmen das Problem ernst. Sie sind sensibel und reagieren auf

Ereignisse. Das ist in anderen Ländern nicht der Fall.

Manche Kollegen fürchten, dass die Berichterstattung den Rechtsextremen eine Plattform bietet.

Man muss das Problem sachgerecht darstellen, ohne zu dramatisieren. Ein Beispiel: In Siegburg fand ein Aufmarsch statt. 35 Neonazis standen 5000 Antifaschisten gegenüber. Man sollte diese 35 darstellen, ohne sie zu heroisieren. Man sollte ihnen keine Heldenposen erlauben und sie nicht wörtlich zitieren.

Wie kommt es, dass das Gedankengut der Rechtsextremen immer noch so viele, vor allem junge Menschen beeindruckt?

Hier müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass junge Menschen nach etwas Identitätsstiftendem suchen. Europa oder die Region sind für manche nicht attraktiv genug. Stolz darauf sein, Deutscher zu sein, ist tabu. Die Rechtsextremen bedienen dieses Defizit – auch was Geschichtsschreibung, Traditionen und Zugehörigkeiten betrifft. Gerade aus der Kriegszeit hören die jungen Leute Geschichten von Kameradschaft oder „Treue“, Dinge, welche die Rechtsextremen anzubieten scheinen und die in der heutigen Zeit von manchen vermisst werden. Dagegen müssten sich Jugendpolitik und Jugendarbeit viel mehr einfallen lassen, als es zurzeit der Fall ist. Eine gute Jugendarbeit ist die beste Prävention. –



drehscheibe

Die drehscheibe ist Teil des Lokaljournalistenprogramms der Bundeszentrale für politische Bildung. Herausgegeben wird sie vom Projektteam Lokaljournalisten, einer Gruppe erfahrener und ausgezeichneter Redakteure, die sich für Qualitätssicherung im Lokaljournalismus einsetzen. Das Magazin erscheint monatlich und in zwei Sonderausgaben jährlich. Es präsentiert gute Ideen, Konzepte und Drehs aus Lokal- und Regionalzeitungen. Zum drehscheibe-Paket gehören auch eine Homepage mit einem umfassenden Online-Archiv, ein wöchentlicher Newsletter, der Redaktionskalender mit täglichen Tipps zur Umsetzung im Lokalen und die jugenddrehscheibe mit Ideen für Jugendredaktionen.

www.drehscheibe.org

Sie erfinden Ausreden für die Kameraden und unterstützen den heimlichen Wohnungsumzug mitten in der Nacht. Manchmal gibt es auch Geld, um Tattoos entfernen zu lassen. Eine Reihe staatlicher und privater Programme unterstützt Rechtsextreme auf dem Weg aus der Szene.

→ Text **Bernd Kramer**
erschienen in: fluter, Frühjahr 2012/Nr. 42

Ich bin dann mal weg

Daniel, der eigentlich anders heißt, hat seine Jugend als Neonazi verbracht. Erst lauschte er dem Großvater, der von der Hitlerjugend und der Lagerfeuerromantik erzählte, dann rechtsextremer Musik, die von Menschen wie seinem Großvater handelte. Er schloss sich Hooligans an, gründete eine Kameradschaft, positionierte sich offen als Nazi. Er verlor deswegen seinen Job als Personenschützer und widmete sich hauptberuflich dem „nationalen Widerstand“: Demos anmelden, Flyer drucken, Mailverteiler organisieren. Gewalt? Wohl auch. Vorstrafen? Er will nicht zu konkret werden. „Wenn ich Geld für die Arbeit bekommen hätte“, sagt Daniel, „wäre ich jetzt reich.“

Doch irgendwann mit Mitte 20 kamen Zweifel, nicht von heute auf morgen, sie schlichen sich eher in sein Leben. „Ich war felsenfest davon überzeugt, dass der Tag X kommen wird und die BRD zusammenbricht. Aber man rennt letztlich immer wieder gegen eine Mauer“, sagt er. „Ich habe irgendwann gemerkt, dass ich gesellschaftlich in der untersten Schublade gelandet war.“ Arbeit, Familie, Frau, Kind, das normale Leben – Daniel bewegte sich Lichtjahre entfernt davon. „Ich habe gemerkt, dass ich am Scheideweg stand.“ Noch tiefer, noch verbissener in den Kampf. Oder raus.

Daniel wählte die Nummer von Exit, einer Aussteigerinitiative, die Rechtsextremen zurück in die Gesellschaft hilft. Heute sitzt der 35-Jährige am anderen Ende der Leitung und berät selbst Nazis, die der Szene den Rücken kehren wollen. Der Aussteiger ist Ausstiegshelfer geworden. Auch als Art Wiedergutmachung, sagt er.

Es gibt eine Reihe solcher Programme in Deutschland. Exit ist die älteste private Initiative, sie wurde 2000 vom ehemaligen Kriminaloberrat Bernd Wagner gegründet und hat seither nach eigenen Angaben 334 Rechtsextreme auf ihrem Weg aus der Szene begleitet. Daneben gibt es staatliche Programme. Die Konzepte sind so vielfältig wie die Angebote: Manche wenden sich an jugendliche Mitläufer, andere an inhaftierte Straftäter. Mal ist das Jugendamt zuständig, mal das Landeskriminalamt oder der Verfassungsschutz. In manchen Fällen müssen die Rechtsextremen selbst den

ersten Schritt tun, andere Programme schicken ihre Mitarbeiter in die Szene, um aktiv für den Ausstieg zu werben.

Kriminalhauptkommissar Gerd Maier vom Landeskriminalamt Baden-Württemberg zum Beispiel klingelt regelmäßig bei den Nazis an der Tür: „Maier mein Name, ich schaue nach dem Rechten.“ 30 polizeibekannte Rechtsextreme haben er und seine Kollegen neulich in Karlsruhe besucht, um ihnen das baden-württembergische Ausstiegsprogramm nahezu legen. In Internetforen kursieren inzwischen Warnmeldungen, wenn die Ausstiegswerber unterwegs sind, in manchen werden sogar die Autokennzeichen genannt. „Sollten jemals solche Spacken bei mir auftauchen, verfare ich wie mit den GEZ-Kopfgeldjägern und knalle die Türe zu“, schimpft da einer. Für Maier ein gutes Zeichen, die Rechten nehmen das Ausstiegsprogramm wahr: „Wir wollen uns in der Szene nachhaltig bekannt machen.“ Manch einer meldet sich erst Jahre später beim Aussteigerprogramm.

Rund 380 Rechtsextreme haben mithilfe des Baden-Württembergers Programms Big Rex der Szene den Rücken gekehrt. Einen ähnlichen Ansatz verfolgt seit Kurzem auch die Aktion Neustart, das Aussteigerprogramm des niedersächsischen Verfassungsschutzes, das vor allem auf junge Einsteiger zielt. Taucht ein Name in den Polizeiberichten auf, der vorher noch nicht bekannt war, fahren die Mitarbeiter des Verfassungsschutzes raus und suchen das Gespräch: Was fasziniert dich an der braunen Ideologie?

Ein Großteil der Ausstiegsprogramme, die die Innenminister ab 2001 initiiert haben, sind beim Verfassungsschutz angesiedelt – was auf manchen durchaus befremdlich wirkt. Schließlich wirbt der Geheimdienst gleichzeitig unter den Rechtsextremen um V-Männer, also verdeckte Ermittler. Ein Interessenkonflikt? In NRW jedenfalls wurde kürzlich bekannt, dass der Verfassungsschutz jahrelang ein Aussteigerprogramm nutzte, um Informationen abzugreifen. Die Landesregierung will jetzt überlegen, wie sich V-Mann-Programm und Ausstiegsangebote sauberer trennen lassen. →→

In Rheinland-Pfalz hat man sich bewusst dafür entschieden, das Ausstiegsprogramm nicht bei der Polizei oder dem Verfassungsschutz anzusiedeln – sondern beim Landesjugendamt in Mainz. Schließlich sei Rechtsextremismus vor allem ein soziales Problem, sagt Angelika Stock, die dort die Projekte gegen Rechtsextremismus leitet. „Die Aussteiger sollen nicht das Gefühl bekommen, dass ihre Daten für Ermittlungen gegen sie verwendet werden.“

Mainz nutzt das klassische Konzept: eine Hotline, die Ausstiegswillige von sich aus anrufen müssen. Wer ernsthaft aus der Szene will, so die Idee, muss auch selbst die Initiative dazu ergreifen. Im vergangenen Jahr klingelte das Aussteigertelefon 264 Mal. Es sind oft zögerliche Annäherungen: Die Anrufer legen nach ein paar Worten wieder auf, melden sich Wochen später erneut. Vor dem ersten Treffen müssen die Ausstiegsinteressenten eine Person angeben, die eine Referenz über sie abgeben kann, etwa die Polizei oder einen Fallbetreuer bei der Arbeitsagentur. Wer ist der Anrufer? Wie ernst ist es ihm mit dem Ausstieg? „Wir möchten nicht instrumentalisiert werden“, sagt Angelika Stock. „Manchmal melden sich Leute kurz vor einem Strafverfahren bei uns, weil sie so auf ein milderes Urteil hoffen.“

Die Mitarbeiter beraten die Aussteiger, wie man sich am geschicktesten aus der Szene zurückziehen kann. Möglichst geräuschlos, ohne Verdacht zu erregen. Welche Vorwände gibt es, um einem Treffen mit den Kameraden fernzubleiben? Den Job, der gerade kaum Raum lässt? Die skeptische neue Freundin? Legenden zu stricken ist heikle Arbeit. „Das ist kein Sportverein“, sagt Stock. „Man kann nicht einfach sagen: Das war heute mein letzter Abend, ihr gefällt mir nicht mehr.“

Nicht immer klappt der stille Rückzug. Daniel, der über Exit ausstieg, gab den Vorsitz seiner Kameradschaft auf, behauptete, dass er sich wegen eines Gerichtsprozesses aus der Schusslinie bringen wolle. Aber die Kameraden riefen an: Wir können uns doch immer noch privat treffen. „Irgendwann wurden die Anrufe direkter“, sagt Daniel. Ein halbes Jahr hätten sie ihn beschattet, ihn fotografiert, wenn er sich mit Leuten außerhalb der Szene traf. Schließlich lauerten sie ihm auf dem Berliner Weihnachtsmarkt auf, umzingelten ihn. „Sag schon, was läuft mit dir?“ Zum ersten Mal in seinem Leben, sagt Daniel heute, hätte er wirklich Angst gehabt.

Auch Gerd Maier und seine Kollegen aus Baden-Württemberg wissen, wie brutal die Szene mit Aussteigern mitunter umspringt. Deswegen gehen sie auch mal bewusst „Klinken putzen“ bei den Kameraden eines Aussteigers, natürlich ohne zu sagen, wen sie gerade betreuen. „Wie läuft es eigentlich mit Ihrer Bewährungsstrafe?“ So eine Frage von einem Kriminalhauptkommissar macht Eindruck – ein Vorteil, den es hat, wenn die Ausstiegshilfe direkt bei den Sicherheitsbehörden angesiedelt ist.

Mit der Hilfe von Exit zog Daniel weg aus Berlin, wohin, will er nicht sagen, es klingt wie eine Nacht-und-Nebel-Aktion, wie eine Flucht aus dem alten Leben. „Wir mussten aufpassen, dass niemand etwas mitbekommt, dass niemand in der Nähe war, der uns hinterherfuhr“, erzählt er. „Das war sehr konspirativ angelegt. Alles musste ganz schnell gehen, und die Tageszeit war sehr unschön für einen Umzug.“

Plötzlich fand sich Daniel alleine in der Fremde wieder. Ohne das alte Leben, aber auch noch nicht mit einem neuen.

„Da tut sich ein großes Loch auf, das viele nur schwer aushalten können“, sagt Angelika Stock vom rheinland-pfälzischen Ausstiegsprogramm. „Viele haben sich in der Szene sehr lebendig gefühlt und müssen jetzt einen neuen Sinn finden, für den sie morgens aufstehen.“ Die Ausstiegshelfer überlegen, was es sonst noch geben könnte: einen neuen Verein? Alte Kontakte zu Schulfreunden? Eine Ausbildung? Die Helfer gehen mit zu Behörden, organisieren manchmal auch das Geld, damit sich Aussteiger rechtsradikale Tätowierungen entfernen lassen können. Gerd Maier hat sich kürzlich beim Landkreis dafür eingesetzt, dass ein Aussteiger nach der Haftentlassung einen Zuschuss für Kleidung bekam. „Der hatte nur rechte Klamotten.“

Viele Aussteiger sind völlig orientierungslos im deutschen Ämterdschungel. Und oft zeigt sich beim Ausstieg, dass das braune Gedankengut all die Jahre etwas anderes überdeckte, viel tiefere, persönlichere Probleme.

Thomas Mücke vom Verein Violence Prevention Network geht zu jungen rechtsextremen Straftätern in den Knast, um mit ihnen ihr Weltbild aufzuarbeiten. Mücke legt Fotos auf den Boden, von Schwarzen, von Schwulen, von Ausländern, um herauszufinden, wie fest die Feindbilder sitzen. Manchmal laufen die Insassen rot an und wollen die Fotos zertrampeln. „Das ist ein Zeichen, dass da einer wirklich ein Problem hat.“

Die Straftäter, hat Mücke festgestellt, haben immer wieder ähnliche Biografien: zerrüttete Familien, Eltern, die trinken, kaum Anerkennung. „Die Gewalt entsteht aus der Lebensgeschichte, nicht aus der Ideologie“, sagt Mücke. „Die Ideologie kommt nur irgendwann als Rechtfertigung dazu. Aber sie hält die Gewalt aufrecht.“ In den Gruppensitzungen versucht Mücke, kleine Risse in das Gedankengebäude zu bringen, damit die Jugendlichen über sich und ihr Leben nachdenken. Sie diskutieren über den Bombenangriff auf Dresden, über die angebliche jüdische Weltverschwörung und immer wieder darüber, welcher Frust es eigentlich ist, der sie austicken lässt. 480 rechtsextreme Straftäter haben das Programm seit 2001 durchlaufen. Die Rückfallquote liegt mit rund 30 Prozent weit unter der üblichen von etwa 78 Prozent. —

fluter

fluter ist das Jugendmagazin der Bundeszentrale für politische Bildung. fluter beleuchtet Hintergründe, liefert Argumente und Meinungen, präsentiert Menschen die im Mittelpunkt stehen. fluter bietet Provokationen, aber eines nicht: Patentrezepte. Das Heft erscheint viermal im Jahr. Täglich aktualisierte Themenschwerpunkte, Diskussionen, Filmgespräche und Bücher bietet fluter im Internet unter:

www.fluter.de



10 Fragen an: Barbara Menke

Die bpb unterstützt bundesweit rund 400 Einrichtungen, Nicht-Regierungsorganisationen, Stiftungen und Vereine, die politische Bildung anbieten (www.bpb.de/partner). ARBEIT UND LEBEN ist einer dieser anerkannten Bildungsträger.

→ Interview **Daniel Kraft**



Barbara Menke engagierte sich schon als Studentin für politische Bildung und war als Teamerin zum Thema Rechtsextremismus aktiv. Sie ist Bundesgeschäftsführerin von ARBEIT UND LEBEN.

1. Können Sie in zwei Sätzen erklären, was ARBEIT UND LEBEN macht?

ARBEIT UND LEBEN bietet Weiterbildung für alle Altersgruppen an, im Schwerpunkt ist das politische Bildung. Wir möchten in den Bildungsprozessen einen Beitrag dazu leisten, dass gesellschaftspolitische Fragen aktuell und kontrovers diskutiert werden und so Teilhabemöglichkeiten an der Gestaltung unserer Gesellschaft möglich werden.

2. ARBEIT UND LEBEN ist wichtig, weil...

... wir mit unseren spezifischen Zielgruppenangeboten Menschen erreichen können, die nicht ohne Weiteres andere Bildungseinrichtungen oder Veranstaltungen besuchen würden.

3. Wen wollen Sie erreichen?

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Weitere wichtige Zielgruppen sind Personen in prekären Lebenssituationen, junge Menschen in der Ausbildung, im Übergang von Schule zu Beruf und Menschen, die als bildungsbenachteiligt gelten. Seit gut einem Jahrzehnt sprechen wir zudem gezielt ebenso Menschen in der nachberuflichen Phase an.

4. Ihr aktuelles Lieblingsprojekt?

Das Projekt „Netzwerk Q: Fortbildung, Qualifizierung, Training für Integration und Vielfalt“ (www.netzwerkq.de). Dieses Projekt liegt mir besonders am Herzen, weil es durch ein Qualifizierungsangebot zum Thema „Umgang mit Gewalt“ gelingt, viele junge Studierende zu motivieren, sich mit diesem Problem in umfassender Weise zu beschäftigen.

5. Eine „legendäre“ Veranstaltung von ARBEIT UND LEBEN?

Wenn wir in Erinnerung an die „guten alten Zeiten“ schwelgen, dann sprechen wir oft

von unseren 14-tägigen „Sommerschulen“. Wir konnten eine gelungene Mischung zwischen intensiven Diskussionsphasen über aktuelle gesellschaftspolitische Fragen und einer guten und intensiven Zeit als Gruppe schaffen. Die Teilnehmenden fuhren so mit dem Gefühl nach Hause, nun wirklich im Lebens- und Arbeitskontext mitreden und handeln zu können.

6. Politische Bildung im Web 2.0. Ihre Meinung dazu?

Eine große Herausforderung im positiven Sinne. Das Web 2.0 bietet uns neue Möglichkeiten der Ansprache von Teilnehmenden sowie deren Einbeziehung in den Vorbereitungsprozess von Bildungsveranstaltungen und der nachhaltigen Weiterarbeit nach Ende einer Veranstaltung. Für den Lernprozess selbst ist es eine ganz neue Möglichkeit, Wissen zu transportieren; im Kontext der internationalen Arbeit eine hervorragende Chance, einmal aufgenommene Kontakte durch Face-to-Face-Begegnungen in eine langfristige und inhaltlich orientierte Struktur zu bringen. Das ist Chance und Herausforderung zugleich – daran, dass es einmal so werden wird, müssen wir aber noch arbeiten.

7. Was schätzen Teilnehmende an Ihren Veranstaltungen?

Die qualifizierten Teamerinnen und Teamer, den Bezug zur Lebenswelt der Teilnehmenden, die vielfältige Methodenkompetenz und den Sinn für das Gemeinschaftsleben, insbesondere bei mehrtägigen Veranstaltungen.

8. Wie sind Sie persönlich zur politischen Bildung gekommen?

Als Studentin über die Vermittlung eines Hochschullehrers, der der Ansicht war, dass Studierende der Geschichtswissen-

ARBEIT UND LEBEN

Mit Landesorganisationen in den Bundesländern und über 160 lokalen und regionalen Einrichtungen sowie dem Bundesarbeitskreis als gemeinsamem Dach ist ARBEIT UND LEBEN bundesweit präsent. Hinweise zu den Veranstaltungen und Projekten von ARBEIT UND LEBEN finden Sie im Internet unter:

www.arbeitundleben.de

schaften ihr Wissen auch immer praktisch umsetzen sollten. Gearbeitet habe ich in den 80er Jahren sechs Jahre lang als Teamerin mit Jugendlichen aus dem Dortmunder Norden zum Thema Rechtsextremismus, Umgang mit Medien und allen anderen Themen, die damals uns und die Jugendlichen bewegten.

9. Welches Seminar der politischen Bildung würden Sie selbst einmal gerne als Teilnehmerin besuchen?

Gesellschaftspolitisches Engagement von Frauen in Ost und West. Gerne im direkten Austausch mit Frauen meiner Generation und wenn es gelingt, ohne wechselseitige Zuschreibung.

10. Was schätzen Sie an der bpb?

Die konsequente Strategie, die politische Bildung zu einem öffentlichen Thema zu machen. Den fachlichen und in der Regel unkomplizierten Austausch über die Frage, was denn nun die „richtige“ politische Bildung ist, im Sinne der Richtlinien, im Sinne der Auslegung der Richtlinien, im Sinne der Träger, im Sinne der Teilnehmenden, im Sinne des Professionsverständnisses. –



Online bestellen:
www.bpb.de/shop

- | | | |
|--|--|---|
| 
Bettina Biedermann/
Heribert Dieter
Länderbericht
Australien
Bestell-Nr. 1.175
4,50 Euro | 
Dorte Huneke/
Jeannette Goddar (Hrsg.)
Auf Zeit.
Für immer
Bestell-Nr. 1.183
4,50 Euro | 
Patrizia Nanz/
Miriam Fritsche
Handbuch
Bürgerbeteiligung
Bestell-Nr. 1.200
4,50 Euro |
| 
Gudrun Krämer
Demokratie
im Islam
Bestell-Nr. 1.203
4,50 Euro | 
Heinrich August Winkler
Geschichte des
Westens
Bestell-Nr. 1.206
7 Euro | 
Hartmut Kaelble
Kalter Krieg und
Wohlfahrtsstaat
Bestell-Nr. 1.207
4,50 Euro |
| 
Christian Stöcker
Nerd Attacke
Bestell-Nr. 1.215
4,50 Euro | 
Claus Leggewie
Der Kampf um
die europäische
Erinnerung
Bestell-Nr. 1.221
4,50 Euro | 
Simon Sebag
Montefiore
Jerusalem. Die
Biografie
Bestell-Nr. 1.222
7 Euro |
| 
Susanne Gaschke
Die verkaufte
Kindheit
Bestell-Nr. 1.223
4,50 Euro | 
Lydia Cacho
Sklaverei
Bestell-Nr. 1.224
4,50 Euro | 
Steven Pinker
Gewalt
Bestell-Nr. 1.225
7 Euro |
| 
Colin Crouch
Das befremdliche
Überleben des
Neoliberalismus
Bestell-Nr. 1.228
4,50 Euro | 
Roland Roth
Bürgermacht
Bestell-Nr. 1.229
4,50 Euro | 
Ralf J. Jox
Sterben lassen
Bestell-Nr. 1.230
4,50 Euro |
| | | 
Andreas Lorenz
Die asiatische
Revolution
Bestell-Nr. 1.231
4,50 Euro |



Informationen zur politischen Bildung



4.313 Türkei

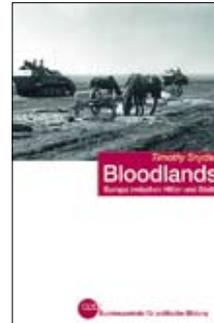
- | | | |
|---|---|--|
| <p>4.312 Geschichte der DDR</p> <p>4.311 Polen</p> <p>4.310 Vereinte Nationen</p> <p>4.309 Massenmedien</p> | <p>4.308 Haushalt, Markt, Konsum</p> <p>4.307 Jüdisches Leben in Deutschland</p> <p>4.306 Kriminalität und Strafrecht</p> <p>4.305 Grundrechte</p> <p>4.304 Deutsche Außenpolitik</p> <p>4.303 Afrika – Schwerpunktthemen</p> <p>4.302 Afrika – Länder und Regionen</p> <p>4.301 Familie und Familienpolitik</p> <p>4.300 Lateinamerika</p> <p>4.299 Internationale Wirtschaftsbeziehungen</p> <p>4.298 Föderalismus in Deutschland</p> <p>4.297 Menschenrechte</p> <p>4.295 Parlamentarische Demokratie</p> <p>4.293 Unternehmen und Produktion</p> <p>4.292 Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland</p> <p>4.291 Sicherheitspolitik im 21. Jahrhundert</p> <p>4.290 Fußball – mehr als ein Spiel</p> <p>4.287 Umweltpolitik</p> <p>4.286 Entwicklung und Entwicklungspolitik</p> | <p>4.285 Frankreich</p> <p>4.284 Demokratie</p> <p>4.283 Politisches System der USA</p> <p>4.282 Bevölkerungsentwicklung</p> <p>4.281 Russland</p> <p>4.278 Israel</p> <p>4.276 Tschechien</p> <p>4.271 Vorurteile</p> <p>4.270 Deutschland in den 70er/80er Jahren</p> <p>4.266 Nationalsozialismus II</p> <p>4.265 Revolution von 1848</p> <p>4.262 Großbritannien</p> <p>4.261 Weimarer Republik</p> <p>4.259 Deutschland 1945–1949</p> <p>4.258 Zeiten des Wandels</p> <p>4.256 Deutschland in den fünfziger Jahren</p> <p>4.251 Nationalsozialismus I</p> <p>4.250 Der Weg zur Einheit</p> <p>4.245 Internationale Beziehungen I</p> <p>4.242 Kommunalpolitik</p> |
|---|---|--|

Leipziger Buchpreisträger 2012

Ian Kershaw
Das EndeBestell-Nr. 1.194
7 Euro

Gleich zwei in der Schriftenreihe der bpb erschienene Bücher werden mit dem Leipziger Buchpreis zur Europäischen Verständigung 2012 ausgezeichnet. Beide Titel thematisieren das Kriegsgeschehen in der Mitte des 20. Jahrhunderts in Europa.

Der britische Historiker Ian Kershaw erhält den Preis für sein Buch „Das Ende. Kampf bis zum Untergang. NS-Deutschland 1944/1945“. Der Jury zufolge besticht die umfassende Darstellung durch tief greifende Analysen und anschauliche Schilderungen der letzten Stunden im Hitler-Deutschland.

Timothy Snyder
BloodlandsBestell-Nr. 1.213
4,50 Euro

Timothy Snyder wird für sein Buch „Bloodlands. Europa zwischen Hitler und Stalin“ ausgezeichnet. Der US-Historiker verbindet in seiner Studie „genau recherchierte Daten über das deutsche und sowjetische Morden in der Mitte des 20. Jahrhunderts mit der Erinnerung an individuelles Leid“, so die Jury. Im Mittelpunkt von Snyders viel diskutiertem Werk stehen die Opfer.

Dietrich Löffler
Buch und Lesen in der DDRBestell-Nr. 1.234
4,50 EuroStefan Rahmstorf
Wolken, Wind & WetterBestell-Nr. 1.226
4,50 EuroKlaus Kreimeier
Traum und ExzessBestell-Nr. 1.220
4,50 EuroRasso Knoller
FinnlandBestell-Nr. 1.217
4,50 EuroThomas Kunze/
Thomas Vogel
Von der Sowjetunion in die UnabhängigkeitBestell-Nr. 1.216
4,50 EuroVolker Happe/
Gustav Horn/Kim Otto
Das WirtschaftslexikonBestell-Nr. 1.211
4,50 EuroWerner Abelshäuser
Deutsche WirtschaftsgeschichteBestell-Nr. 1.204
4,50 EuroVolker Perthes
Der AufstandBestell-Nr. 1.202
4,50 EuroW. Sander/
A. Scheunpflug (Hrsg.)
Politische Bildung in der WeltgesellschaftBestell-Nr. 1.201
4,50 EuroWolf Schneider/Paul-Josef Raue
Das neue Handbuch des Journalismus und des Online-JournalismusBestell-Nr. 1.198
4,50 EuroIan Bremmer
Das Ende des freien MarktesBestell-Nr. 1.196
4,50 EuroGeorg Weißeno/
Hubertus Buchstein (Hrsg.)
Politisches HandelnBestell-Nr. 1.191
4,50 EuroKatja Thimm
VatertageBestell-Nr. 1.189
4,50 EuroAnnette Großbongardt/
Norbert F. Pötzl (Hrsg.)
Die neue arabische WeltBestell-Nr. 1.186
7 EuroFrederick Kempe/
Martina Klein
Berlin 1961Bestell-Nr. 1.185
7 EuroAndreas Vierecke/
Bernd Mayerhofer/
Franz Kohout
dtv-Atlas PolitikBestell-Nr. 1.182
4,50 EuroWolfgang Martynkewicz
Salon DeutschlandBestell-Nr. 1.181
4,50 EuroHans Woller
Geschichte Italiens im 20. JahrhundertBestell-Nr. 1.180
7 EuroEva Leipprand
Politik zum SelbermachenBestell-Nr. 1.179
4,50 EuroConstanze Kurz/
Frank Rieger
Die DatenfresserBestell-Nr. 1.177
4,50 EuroKlaus Schubert/
Martina Klein
Das PolitiklexikonBestell-Nr. 1.174
4,50 EuroIan Morris
Wer regiert die Welt?Bestell-Nr. 1.172
7 EuroSusanne Stemmler (Hrsg.)
Multikultur 2.0Bestell-Nr. 1.170
4,50 Euro**Aus Politik und Zeitgeschichte**

7.211 Indonesien

7.210 Deutsche Außenpolitik

7.208 Mensch und Tier

7.207 Digitale Demokratie

7.205 Populismus

7.204 Europa

7.201 Zeitgeschichtsschreibung

7.151 USA

7.149 Nach dem Ende der Sowjetunion

7.148 Wehrpflicht und Zivildienst

7.146 Ende des Atomzeitalters?

7.144 Demokratie und Beteiligung

7.143 50 Jahre Anwerbeabkommen mit der Türkei

7.140 Mexiko

7.139 Arabische Zeitenwende

7.137 Frauen in Europa

7.135 Bundesverfassungsgericht

7.131 50 Jahre Mauerbau

7.128 Gemeingüter

7.127 11. September 2001

7.124 Belarus

7.122 Sinti und Roma

7.120 Organspende und Selbstbestimmung

7.116 Sport und Teilhabe

7.115 Humanisierung der Arbeit

7.113 Islam in Deutschland

7.112 Ökonomische Bildung

7.110 Demografischer Wandel



Themen und Materialien
Der 9. November – Schicksalstag der Deutschen

Bestell-Nr. 2.471
7 Euro



Themen und Materialien
Theater probieren. Politik entdecken

Bestell-Nr. 2.469
7 Euro



Themen und Materialien
Wirtschaften beginnt im Haushalt

Bestell-Nr. 2.456
7 Euro



Themen und Materialien
Gewalt zum Thema machen

Bestell-Nr. 2.449
7 Euro



Themen und Materialien
Globale Herausforderungen 2

Bestell-Nr. 2.438
7 Euro



Themen und Materialien
Globale Herausforderungen 1

Bestell-Nr. 2.437
7 Euro



Themen und Materialien
Lateinamerika verstehen lernen

Bestell-Nr. 2.433
7 Euro



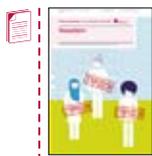
Themen und Materialien
Das Image der Politik und der Politiker

Bestell-Nr. 2.428
7 Euro



Themenblätter im Unterricht
Sprache und Politik

Bestell-Nr. 5.984
kostenlos



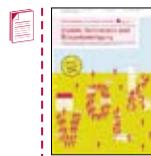
Themenblätter im Unterricht
Vorurteile

Bestell-Nr. 5.983
kostenlos



Themenblätter im Unterricht
Mitte der Gesellschaft

Bestell-Nr. 5.982
kostenlos



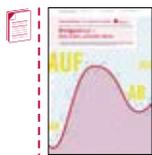
Themenblätter im Unterricht
Direkte Demokratie und Bürgerbeteiligung

Bestell-Nr. 5.981
kostenlos



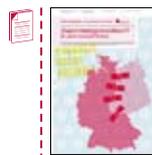
Themenblätter im Unterricht
Arbeitslosigkeit

Bestell-Nr. 5.980
kostenlos



Themenblätter im Unterricht
Konjunktur

Bestell-Nr. 5.979
kostenlos



Themenblätter im Unterricht
Zusammengewachsen?

Bestell-Nr. 5.978
kostenlos



Themenblätter im Unterricht
Staatsverschuldung? – unvermeidbar und gefährlich?

Bestell-Nr. 5.975
kostenlos



Spiele im Unterricht
max 5

Bestell-Nr. 1.925
1,50 Euro



Spiele im Unterricht
jetzt mal ehrlich

Bestell-Nr. 1.924
1,50 Euro



Spiele im Unterricht
irre genug

Bestell-Nr. 1.923
1,50 Euro



Spiele im Unterricht
früher oder später

Bestell-Nr. 1.921
1,50 Euro



Was geht?
Gossip-Girl oder Burger-King? – Das Heft zum American Way of Life

Bestell-Nr. 9.589
kostenlos



Entscheidung im Unterricht
Respekt. Eine Frage der Ehre?

Bestell-Nr. 2.478
1,50 Euro

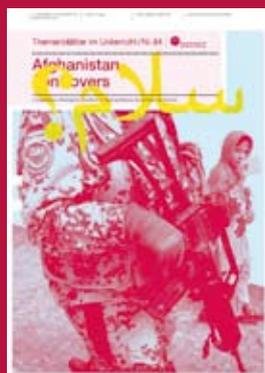


Timer
Hausaufgabenkalender

Jedes Jahr im Juni neu – ab März vorbestellen



Themenblätter im Unterricht



5.977 Afghanistan kontrovers

- 5.976** Meilensteine der Deutschen Einheit
- 5.974** Demokratie – was ist das?
- 5.973** 17. Juni 1953 – Aufstand in der DDR
- 5.972** Herbst '89 in der DDR
- 5.971** Der Bundestag – Ansichten und Fakten
- 5.970** Armut – hier und weltweit
- 5.969** Wasser für alle!?
- 5.968** Bedrohte Vielfalt – Biodiversität
- 5.967** Terrorabwehr und Datenschutz
- 5.966** Klimagerechtigkeit
- 5.965** Welche EU wollen wir?
- 5.964** Mobilität und Umwelt
- 5.963** US-Präsidentschaftswahl
- 5.962** Olympialand China
- 5.961** Unternehmensethik. Eigentum verpflichtet

- 5.960** Inländisch, ausländisch, deutschländisch
- 5.959** Mitmischen: Neue Partizipationsformen
- 5.957** Urteil und Dilemma
- 5.956** Akteure in der Politik
- 5.953** Deutschland für Europa
- 5.948** Baukultur und Schlossgespenster
- 5.947** Entscheiden in der Demokratie
- 5.941** Politische Streitkultur
- 5.940** Die Türkei und Europa
- 5.396** Europa – in guter Verfassung?



Rund 156 Kilometer lang war die Mauer, die von August 1961 bis November 1989 West-Berlin vom Umland trennte. Sie verschwand, ebenso wie der Staat, der sie errichtet hatte. Nur noch wenige Spuren sind heute erhalten. Verstreut, versteckt oder vergessen – den meisten Berlin-Besuchern bleiben die letzten Zeugnisse der Teilung der Stadt verborgen. Die kostenlose App für das iPhone und Android-Smartphones hilft bei der Suche.

Kostenlos heruntergeladen auf:
www.chronik-der-mauer.de



Am 25. März und 6. Mai 2012 wählen die Bürger im Saarland und in Schleswig-Holstein einen neuen Landtag. Der Wahl-O-Mat soll vor allem junge Menschen zur Teilnahme an den Wahlen motivieren. Das interaktive Wahltool stellt 38 politische Thesen zur Abstimmung. Indem der Nutzer mit „stimme zu“, „neutral“, „stimme nicht zu“ oder „weiß nicht“ abstimmt, erfährt er, welche Partei seinen Positionen am nächsten steht. Der Wahl-O-Mat wird vor Europa-, Bundestags- und vielen Landtagswahlen angeboten.

www.wahl-o-mat.de
Kontakt:
Martin.Hetterich@bpb.de



Grimme Institut/bpb
**Tele-Visionen –
Fernsehgeschichte
Deutschlands in
West und Ost**

Bestell-Nr. 1.947
7 Euro



Charles Ferguson
Inside Job

Bestell-Nr. 1.942
4,50 Euro



bpb
**Thomas Brasch:
Filme**

Bestell-Nr. 1.940
15 Euro



Marcus Vetter/
Karin Steinberger
Hunger

Bestell-Nr. 1.939
10 Euro



www.eurotopics.de

Täglich blickt die eurotopics-Presse-schau in europäische Meinungsartikel über Politik, Gesellschaft und Kultur. Und zeigt, worüber Europa spricht.



www.HanisauLand.de

Auf HanisauLand.de finden Kinder Tipps in Bärbels Bücherkiste und Egons Filmpalast, Comics, Kalender und Spiele. Für Eltern und Lehrer gibt es Materialien und Links zu weiteren Kinderseiten.



www.fluter.de

fluter ist eine Medienplattform, die Jugendlichen von 16 bis 22 Jahren Inhalte anbietet aus den Bereichen Politik und Kultur. fluter möchte zum Demokratieverständnis junger Leser beitragen und dazu möglichst viele Aspekte eines Themas vorstellen.



www.spielbar.de

spielbar.de informiert über Computerspiele und erstellt pädagogische Beurteilungen. Eltern, Gamer und Pädagogen sind eingeladen, ihre eigenen Beurteilungen, Meinungen und Kommentare zu veröffentlichen.



www.chronik-der-mauer.de

1961 bis 1990: Die Chronik zeichnet die gesamte Geschichte der Mauer nach, in Text, Bild, Film, Ton, Dokumenten und Interviews mit Zeitzeugen.



www.chotzen.de

Auf der Webseite www.chotzen.de wird die Geschichte einer deutsch-jüdischen Familie vom Beginn des Ersten Weltkriegs bis heute erzählt. Mit vielen Filmen, Bildern und Dokumenten.



www.DeineGeschichte.de

Das interaktive Online-Angebot DeineGeschichte.de will Jugendlichen auf attraktive Weise deutsch-deutsche Geschichte vermitteln. Das Projekt nutzt dabei alle Möglichkeiten, die das Web 2.0 zu bieten hat.



**www.bpb.de/
deutschlandarchiv**

Das Internetportal Deutschland Archiv Online bietet fundierte und allgemein verständliche Beiträge zur deutschen Nachkriegsgeschichte, zum Einigungsprozess im europäischen Kontext sowie zur Erinnerungs- und Gedenkkultur.

Impressum

Herausgeberin:
Bundeszentrale für politische Bildung/bpb
Adenauerallee 86, 53113 Bonn
magazin@bpb.de
www.bpb.de

Präsident:
Thomas Krüger

Redaktionsleitung:
Daniel Kraft (V.i.S.d.P.), Miriam Vogel

Redaktion:
Sophie Anfang, Josephine Evens, Anna Hoff

Schlussredaktion:
Yvonne Paris

Titelbild/Gestaltung:
KonzeptQuartier® GmbH

Gesamtgestaltung:
KonzeptQuartier® GmbH, Art-Direktion: Linda Spokojny,
Melli-Beese-Straße 19, 90768 Fürth

Druck:
Bonifatius GmbH, Druck-Buch-Verlag, Karl-Schurz-Str. 26,
33100 Paderborn

Vertrieb:
IBRo Versandservice GmbH, Verbindungsstraße 1,
18184 Roggentin

Erscheinungshinweise:
zweimal jährlich, kostenloses Abo: magazin@bpb.de

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 24.02.2012

Der Umwelt zuliebe ist dieses Magazin auf dem Recyclingpapier CYCLUSPRINT gedruckt. Das Papier basiert auf 100% Recyclingfasern gemäß RAL UZ-14 – Blauer Engel.

Gastbeiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder – sie sind aus der Perspektive des Verfassers geschrieben. Nachdruck, Aufnahme in Online-Dienste und Internet und Vervielfältigung auf Datenträger wie CD-ROM, DVD-ROM etc. nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung der bpb. Für unverlangte Einsendungen keine Gewähr. Irrtümer und Druckfehler vorbehalten.

Fotonachweis:
AP (S. 6 Bilder 03 und 05); bpb (S. 19 rechts, 21 rechts); Christiane Bender (S. 28); Crossrelations (S. 39); Daniel Dosch (S. 28); Ole Elfenkämper (S. 3 Mitte, 12–15); European Community (S. 11 Mitte); Europäische Kommission (S. 5); Flickr/mikeleeorg, cc by-nc-nd/2.0/de (S. 26); Fotodienst des Europäischen Parlaments (S. 3 Mitte, 4); Getty Images (S. 6 Bild 04); Harald Hauswald (S. 3 Mitte, 32–35 alle); KonzeptQuartier® GmbH (S. 7 rechts); Daniel Kraft (S. 18, 19 links, 20); Dennis Lichtenstein (S. 7 links); Sascha Meinert (S. 11 links); Volker Perthes (S. 17 oben); Polnisches Fremdenverkehrsamt (S. 11 Mitte); ProSieben/Hans-Joachim Pfeiffer (S. 29 links, 30 links); ProSieben/Stephan Görlich (S. 29 rechts); Daniela Schwarzer (S. 10); Mustafa Sheshtawy (S. 17 unten); Lars Welding (S. 3 oben, 36); Elmar Wiesendahl (S. 28)

In Fällen, in denen es nicht gelang, Rechteinhaber an Abbildungen zu ermitteln, bleiben Honoraransprüche gewahrt.



360 PRAXIS-PROJEKTE FÜR DEN UNTERRICHT »

Der umfangreiche Reader „Projektunterricht mit dem Schülerwettbewerb zur politischen Bildung“ lässt sich direkt zur Unterrichtsvorbereitung nutzen.

Kern der Publikation sind 360 Wettbewerbsaufgaben, die detaillierte Aufgabenstellungen, Arbeitsschritte und Präsentationsformen für die Stufen 5–8 bzw. 8–11 vorschlagen.

Die Aufgaben sind als Einstieg in eine Unterrichtsreihe oder in der Projektwoche geeignet.

Dabei werden viele Unterrichtsfächer angesprochen, z. B.: Sozialkunde, Politik/Wirtschaft/Recht, Geschichte, Deutsch, Erdkunde, ethische Fächer, Kunst, Musik, Biologie, Sport.

Darüber hinaus bietet der Reader grundlegende Hinweise zur Planung, Durchführung und Präsentation von Projekten in der Schule.

Hier bestellen:

www.bpb.de/shop (Bestell-Nr. 8686)

Mehr über den Wettbewerb:

www.schuelerwettbewerb.de



Timer 2012/2013

Der informative Notizkalender der Bundeszentrale für politische Bildung / bpb im DIN-A5-Format auf 160 farbigen Seiten. Tag für Tag Interessantes und Erstaunliches aus Politik, Zeitgeschichte, Kultur und Gesellschaft. Mit Serviceteil, Landkarten, Formelsammlungen und vielen Links und Adressen – ohne kommerzielle Werbung. Sammelbestellungen besonders günstig. Die tägliche Dosis politische Bildung für Schüler*innen, Studenten*innen und alle anderen.

Kostenloses Probeexemplar für Schulen: www.bpb.de/timer

